

# Zücker-Zeitung

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesparten Petitsäule oder deren Raum 20 Pf., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Montag, den 23. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Anschlag auf die anständige Presse.

Die reaktionäre Presse tut, als begreife sie die Proteste der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Blätter gegen die Verschärfung der Bekleidungsstrafen nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich besonders dummkopfisch, was ihr schwer fällt, und faselt von einer Bekleidung der Presse. In einer ihrer letzten Nummern fordert sie gar mit hochmässiger Miene, daß die journalistischen Standesorganisationen, wenn sie sich gegen die Lex Wagner wenden, sich nicht unterstellen sollen, im Namen der gesamten Presse zu sprechen. Denn dies Blatt der Landbündler ist mit der Verschärfung durchaus einverstanden und behauptet frisch, daß die anständige Presse ganz seiner Meinung sei. Das ist natürlich genau das Gegenteil der Wahrheit, denn gerade die anständige Presse hat ja von dem neuen Anschlag auf die Pressefreiheit am meisten zu befürchten. Die anständige Presse, die ihren Beruf ernst nimmt, die nicht nur bloß blöde Unterhaltungsgier oder etwa noch niedrigeren Triebe dienen will. Die anständige Presse, die ernsthaft für ihre innere Überzeugung sieht und die nicht bloß das Spekulationsobjekt eines geldhungrigen Verlegers ist. Die anständige Presse, die das Wort Storms zu ihrer Devise gemacht hat, wonach der Freie sich vom Knecht dadurch unterscheidet, daß er nicht fragt: „Was kommt danach?“, sondern: „Was ist richtig?“, die anständige Presse, die es mit dem Ber. im alten, für große Teile unserer heutigen Studentenschaft veralteten Burschenlied hält: „Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!“

Diese anständige Presse ist den Widerhaken der projektierten Bestimmung am meisten ausgeglichen. Denn die Wahrheit läßt sich sehr oft nicht sagen, ohne einige einschneidende Leute auf die empfindlichen Hühneraugen zu treten. Übergriffe von Beamten, Missbrauch der wirtschaftlichen Übermacht des Unternehmers lassen sich nicht ohne Nennung der Schulden geisteln. Die Staatsanwaltschaft aber trägt nicht umsonst Brille und Feder und schnell ist ein Strafantrag beschafft. Schneller als eine Untersuchung gegen einen schuldigen Beamten eingeleitet ist, gegen den sich der angeblich beleidigende Artikel wendet. Der Strafantrag ist zwar noch nicht die Verurteilung, aber in 99 von 100 Fällen ist sie sicher. Dafür sorgt die engagierte deutsche Rechtsprechung, die der Presse den Schutz der Bestimmung über die Wahrung berechtigter Interessen im allgemeinen abspricht, die strafbare Bekleidung selbst dann als vorliegend erachtet, wenn der angeklagte Redakteur zwar für neun Zehntel seiner Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringt, für das letzte Zehntel aber nicht. Und mag er mit seinem Artikel das beste gewollt haben, mag er abscheuliche, niederrangige Missstände aufgedeckt, mag er der Gesellschaft große Dienste geleistet haben — er wird verurteilt, wenn er in irgend einem Punkte sich geirrt hat, in irgend einer Beziehung falsch informiert wurde. Dagegen ist er aber bei der sorgfältigsten Prüfung nie völlig gesichert. Denn er verfügt nicht über die Mittel zur Feststellung des Tatbestandes, die der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehen. Und selbst die Behörde ist nicht davor geschützt, daß ihre Untersuchungen falsche Resultate ergeben und daß sie auf Grund falscher Informationen falsche Behauptungen aufstellt.

Die „Dtch. Tageszeitung“ verweist mit pharisäischem Augenaufschlag darauf, daß auch gegen sie schon Bekleidungsstrafen angestrengt worden, die aber jedesmal im Sande verlaufen seien. Kunststück! Ein Junkerblatt wird in Deutschland so gut wie niemals mit dem Strafrichter Bekanntheit machen. Denn seine Aufgabe besteht ja nicht darin, Missstände aufzudecken, sondern vielmehr sie zu überdecken. Deshalb werden Behörden, Beamte und Mitglieder der herrschenden Klassen, der Junkerdorf und des Unternehmertums nicht in die Lage kommen, ein solches Blatt zu verklagen. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß die „Dtch. Tageszeitung“ weniger Bekleidungen d. h. was die Rechtsprechung dafür ansieht — begeht, als die Presse der Linken, als die sozialdemokratische Presse. Der Unterschied ist nur der, daß die Bekleidungen der „Deutschen Tageszeitg.“ nicht bestraft werden. Denn es findet sich kein Staatsanwalt, der die von diesem staatsverherrlenden Organ Bekleidungen auffordert. Strafantrag zu stellen. Und wenn sie es anfordert, so werden sie wegen „Mangels an öffentlichem Interesse“ abgewiesen und auf den Weg der Privatklage verwiesen. Denn öffentliches Interesse haben im allgemeinen nach der Ansicht der Anklagebehörde nur Bekleidungen von Beamten, von Behörden, Junkern und Unternehmern. Die Bekleidung eines Polizeibeamten

wieder einmal den Interessen der katholischen Junker und Bourgeois!

Mögen sich die Nationalliberalen und das Zentrum wohl überlegen, ob sie dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung bewilligen können. Sie könnten eines Tages die unangenehme Erfahrung machen, daß sie sich selbst die Rute gebunden haben. Und ihnen wird sie wehe tun, als der kämpf gewohnten Sozialdemokratie. Ein englisches Sprichwort sagt: „Was den Schmied heilt, tödet den Schneider!“ Die sozialdemokratische Presse ist kein Privatunternehmen, das Überschüsse liefern muß. Das aber die hohen Bekleidungsstrafen auf die Presse, die im Besitz einzelner Personen ist, die daraus ihr Einkommen ziehen wollen, geradezu verderblich wirken, daß sie dieser Presse das Rückgrat brechen müssen, das werden sich die Herren Nationalliberalen und Klerikalen selbst sagen können. Das Gift, das sie der sozialdemokratischen Presse beibringen wollen, wird diese nicht töten — aber ihrer eigenen Presse kann es verderblich genug werden.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Zentrum und Arbeiterschutz.

(Aus der Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages.)

Den großen Entwurf zur Änderung der Reichs-Gewerbeordnung hat die Regierung im Jahre 1909 mit dem Schluß des Reichstages unter den Tisch fallen lassen, weil die Großindustrie wegen einiger Kommissionsbeschlüsse lärm schlug. Um nun doch den Schein sozialpolitischer Reformen zu wahren, legte die Regierung neben dem Gesetzentwurf über die Heimatarbeit auch einen über die Änderung einer Anzahl Paragraphen der Gewerbeordnung vor, durch den dem Bundesrat die Bedingungen erteilt werden soll, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorzuschreiben. In die Lohnbücher oder Arbeitszettel sollen der Zeitpunkt der Übertragung der Arbeit, ihre Art, ihr Umfang, ob Akkord- oder Schichtlohn, die Lohnsätze, die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen, der Zeitpunkt der Ablieferung, der Lohnbetrag, eventuell Abzüge und der Tag der Lohnzahlung eingetragen werden. Durch die fakultative Form der Vorschreit will die Regierung den Zwang umgehen, auch den argen Missständen der Lohnzahlung in der Großindustrie zu Leibe zu gehen. Dagegen stellten die sozialdemokratischen Kommissions-Mitglieder den Antrag, diese Gewerke (§ 114a) für alle Gewerbe und Industrien obligatorisch zu machen. Hu e begründete diesen Vorschlag, indem er Beispiele für die Notwendigkeit aus der Hütten-, Walzwerks- und Maschinenindustrie und auch aus dem Bergbau und der chemischen Industrie anführte. Die meisten Arbeiter in der Großindustrie müßten bei Annahme der Arbeit nicht welchen Lohn sie bekommen, und der Akkordzal wird in den seltensten Fällen vor Übernahme der Arbeit vereinbart. — Ein Regierungskommissar erklärte, die Regierung lasse sich auf Anwendung dieser Vorschreit für die Großindustrie, den Bergbau usw. nicht ein. Für die Großeisenindustrie sei 1908 nach Anhörung von Arbeiterausschusssvertretern auch eine Bundesratsverordnung erlassen worden. Giesberts (Zentrum) war im Prinzip mit dem sozialdemokratischen Antrag einverstanden, er hielt ihn aber für schwer durchführbar, außerdem wolle die Regierung nicht. Swartze (Zentrum) fragte die Regierung, ob die ihr von Hu e vorgetragenen Beschwerden der Eisen- und Stahlwerksarbeiter bekannt seien. Der Regierungsvertreter mußte das verneinen! Hu e stellte fest, daß die ergangene Bundesratsverordnung die Lohnfrage nicht regelt und durchaus ungünstig sei. Die Behauptung des Regierungsvertreters, die Arbeiterausschüsse seien vorher gehoben, könne schon deshalb nicht zutreffen, weil es auf den großen rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerken heute noch keine Arbeiterausschüsse gebe. Der Regierungsvertreter mußte auch das zugeben. Bei der Abstimmung sah man sämtliche bürgerlichen Kommissionsmitglieder, darunter auch die „christlichen Arbeitervertreter“ Giesberts und Behrens den sozialdemokratischen Antrag ab! — Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, im § 114a Absatz 4 zu verbieten, daß die Lohnbücher oder Lohnzettel mit Eintragungen über Merkmale versehen werden, die geeignet sind, den Arbeiter in seinem Fortkommen zu hindern. Biederholz begründete die sozialdemokratischen Kommissionmitglieder mit Hinweis auf die Praxis der Uebabrie und schwarzen Eisen die Notwendigkeit strenger Maßnahmen gegen die Verleumdung und Reinzeichnung der Arbeiter. Es half aber nichts; die bürgerlichen Kommissionsmitglieder lehnen den Antrag ab und beschlossen einen in der Sache belanglosen Zusatzantrag Giesberts-Schwarze in das Gesetz einzufügen.

Am sichersten scheint noch das Zentrum als Mitglied des schwarzblauen Blocks vor den Gefährten der Lex Wagner, unter der auch die Namen seiner Mitglieder Gröber und Dr. Mayer-Kaufbeuren stehen. Über politische Konstellationen können wechseln. Glaubt das Zentrum so reaktionär zu sein, daß es niemals wieder von einer deutschen Regierung verfolgt werden wird? Das muß es selbst entscheiden. Wie aber fahren dabei die christlichen Gewerkschaften und ihre Presse? Wenn sie nicht jede Anziehungskraft für die Arbeiter verlieren, wenn sie nicht jede Hoffnung auf Wachstum aufgeben wollen, so müssen sie die Arbeiter gegen die Herrschäfte der Unternehmer verteidigen, so müssen sie Kritik an den Missständen in den Betrieben üben. Das heißt, sie müssen sich der Gefahr einer Verurteilung wegen Bekleidung aussetzen. Die Herren vom Zentrum mögen sich damit trösten, daß man ihre Leute nicht so hart bestrafen wird wie Sozialdemokraten. Das mag auftreten, aber sie dürfen auch nicht vergessen, daß die schwachen christlichen Organisationen viel weniger aushalten können, als die großen Körperschaften der freien Gewerkschaften. Hält das Zentrum die Lex Wagner zum Gesetz erheben, so mischt es einmal wieder in gründlicher Weise die Arbeiterinteressen, so operiert es die Interessen der christlichen Gewerkschaften

nehmen. Der Zentrumsarbeitervertreter Giesberts rechtfertigte seine Haltung mit der bezeichnenden Ausrede, man dürfe den Unternehmern keine Fügungen nehmen.

#### Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Am Sonnabend hielt das Abgeordnetenhaus nur eine kurze Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation über die Wiznernot. Nachdem der Landwirtschaftsminister eine entgegenkommende Erklärung abgegeben hatte, wurden noch unerheblicher Debatte einige Anträge, die sich auf die Wiznernot beziehen, an eine besondere Kommission verwiesen.

Am Montag stehen kleinere Etats und der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Beratung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß am Montag auch der Fall Hoffmann zur Besprechung kommt.

#### Protest gegen die Kracke-Reform.

In Kassel erklärte die Handelskammer für Kurhessen die jetzigen Kommissionsbeschlüsse zur Fernsprechgebührenordnung für unannehmbar. Besonders würden durch die jetzigen Beschlüsse die meisten Geschäftsfreunde, die das Telefon benutzen, die doppelte Pauschalgebühr bezahlen müssen. Der Reichstag wurde um Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse gebeten.

#### Partei „Drehscheibe“.

Die nationalliberale Partei ist dafür bekannt, daß sie ihren Mitgliedern keinerlei prinzipielle Haltung zumutet. Es genügt völlig, wenn sie versichern, sie glaubten nationalliberal zu sein. Trotzdem mußte bei der Beratung der Erbschaftsteuer einige dieser Nationalliberalen der Stuhl vor die Türe gesetzt werden, denn aus wahlaktischen Gründen sollte bei dieser Gelegenheit die nationalliberale Fraktion als völlig homogenes politisches Gebilde gezeigt werden. Damals schied der antisemittische Agrarier Lehmann aus der Fraktion aus, und diesem Beispiel folgte der Wormser Lederkönig, der Freiherr Heyl zu Herrnsheim. Seinen bisherigen Fraktionskollegen attestierte er kurz darauf, daß sie Altpflichtsrats-Politik treiben. Freiherr von Heyl ist also eigentlich kein Nationalliberaler mehr, trotzdem haben ihn die nationalliberalen Vertrauensleute seines Kreises wieder als nationalliberalen Kandidaten aufgestellt. Nunmt man noch den bekannten Held dazu, so hat man zwei nationalliberale Kandidaten, die nach Ansicht der Nationalliberalen gar keine Nationalliberalen mehr sind. So etwas ist freilich nur in der Partei „Drehscheibe“ möglich, und der so geartete Liberalismus will Deutschland zu einem liberalen Staatswesen umformen!

#### Der Studentenstreik in Hannover

kam am Freitag in der Sitzung der Budgetkommission des preußischen Landtages zur Sprache. Der Landwirtschaftsminister teilte mit, daß die Studenten der tierärztlichen Hochschule dem Direktor eine in einer Studentenversammlung gefasste Resolution überreichen ließen, in der sie ihre Wünsche zum Ausdruck brachten. Der Direktor erwiderte, daß er das Vorgehen nicht billigen könne und erwartete, daß die Studenten nach wie vor die Hörsäle besuchten. Am anderen Morgen kamen aber keine Studenten. Sagt habe der Minister angeordnet, daß am schwarzen Brett bekannt gemacht werde, daß die Studenten, die bis zum nächsten Mittwoch die Vorlesungen nicht besuchten, mit dem Verlust eines Semesters bestraft würden. Das Beschreiten sozialdemokratischer Wege — als solcher sei der Streik anzusehen — werde er unter allen Umständen verhindern. Soviel er wisse, stehe der Direktor der Hochschule durchaus auf dem Standpunkt der Regierung, daß das Direktorat eine Umdrehung nicht erfahren solle. Es würden jedenfalls einige Professoren hinter den Studenten stehen, sonst sänden sie nirgends Unterstützung bei amtlichen Stellen. Ein Mitglied der Kommission bemerkte, daß der Streik doch nicht von Sozialdemokraten in Gang gebracht sei, worauf der Minister erwiderte, daß er das auch nicht annahme, nur der Streik sei ein sozialdemokratisches Mittel, dem er unbedingt entgegentreten wolle.

Die Kommission befreite sich dann mit einigen agrarischen Wünschen, insbesondere hütten sich die Agrarier durch die Unsalverhütungsvorschriften belästigt, die für landwirtschaftliche Betriebe erlassen worden sind.

#### Die Arbeiter in Staatsbetrieben.

Im preußischen Abgeordnetenhaus haben die Fortbauer folgende Anträge eingebracht: Die Staatsregierung möge die Beugnisse der Arbeiterausschüsse in den staatlichen Betrieben dahin erweitern, daß die Ausschüsse über die Lozhöhe und über Festlegung der Akkordhöhe gehörten; den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse in staatlichen Betrieben sollen dieselben Sicherungen des Arbeitsverhältnisses gewährt werden, die durch die neue Vergabegebung den Sicherheitsmännern gewährt werden; endlich sollen Verhandlungen zur Revision des sog. Gothaer Vertrages eingeleitet werden, es handelt sich dabei um ärzterechtliche Fragen.

#### Der Entwurf für ein deutsches Strafgesetzbuch.

Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts wird die Kommission zur Feststellung eines Entwurfs für ein deutsches Strafgesetzbuch am 4. April zu ihrer ersten Sitzung zusammenkommen. Der Kommission gehören 15 Mitglieder an: Vertreter der Justizbehörden, Rechtslehrer, Richter und Rechtsanwälte und ein Präsident. Den Kommissionsberatungen wird der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch und die an ihm geäußerte Kritik zugrunde liegen.

#### Das Edmont.

Der Entwurf eines Privatbeamten-Sicherungsgeiges wird von der „Privatbeamten-Zeitung“, dem Organ des Deutschen Privatbeamtenvereins, einer idiosyncratischen Gruppe untergegeben. Den Beamten wurden Steine auf den Kopf geworfen; einschließlich Protest erhoben werden, da die Sicherung bei der Sonja-Kategorie Standardangestellter noch auf der Spitze liegt. Auch der große Sturm des Anfangs, die jährlinge Wutzeit, sei bezeichnet worden. Am Ende ihrer Ausführungen forderte die „Privatbeamten-Zeitung“: „Sie betrachten den Entwickeltheit als das Besteigungsprodukt eines Wahlmarktes, und das die Freiheit

beamtent vor den Reichstagswahlen bei guter Laune erhalten werden sollen.“ — Sehr richtig!

#### Gesetz über die Haftung der Straßenbahnen.

Im Reichsjustizamt ist der Entwurf eines Gesetzes über die Haftung der Straßenbahnen für Sachschäden fertiggestellt worden. Es wird demnächst den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen; außerdem sollen Sachverständige vernommen werden, die von den beteiligten Straßenbahngesellschaften genannt werden. Nach seiner endgültigen Fertigstellung wird der Entwurf wahrscheinlich der öffentlichen Kritik unterbreitet werden; den Reichstag wird die Gesetzesvorlage erst in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen.

#### Das „unmündige“ Volk und die starke preußische Polizei.

Der „Reichsbote“ erörtert in seiner Nummer vom 20. Januar die Frage, wie es komme,

dass gerade in Deutschland, dem Lande der allgemeinen Dienstpflicht, die aus dem Soldatenstande hervorgehenden Mitglieder der Polizeiverwaltung sich einer besonderen Abneigung des großen Publikums erfreuen. Tatsache ist, daß dieses grundsätzlich Partei gegen die Polizei nimmt, auch wenn diese tausendmal Recht hat und sich ganz in den Grenzen ihres Berufs bewegt. Nirgends findet sie Unterstützung, selbst wenn sie von dem rohesten Rundumdrum bedrängt wird; kaum noch, wenn sie im Interesse des Bürgers die Verfolgung gemeingefährlicher Verbrecher aufnimmt. Das ist allerdings auffallend bei einem sonst Ordnung liebenden Volke.

Der „Reichsbote“ polemisiert in seiner Untersuchung dieser schwierigen Frage vorzugsweise gegen die „Börsische Zeitung“, die den in Deutschland herrschenden Polizeigegist für die Unbeliebtheit der Polizei verantwortlich gemacht hat und kommt schließlich zu folgendem Schluß:

„Die Mehrheit der Bevölkerung ist trotz des langen Bestandes des Rechtsstaates noch wenig befruchtet von seinen Segnungen. In ihrem sittlichen Standard ist sie sogar erstaunlich zurückgegangen unter einer masslosen antizivilistischen Verhetzung. Vollends die breiten Massen sind ganz unzufrieden in Fragen der Höflichkeit und des Takkos. Höflichkeit imponeert ihnen am wenigsten. Schon deshalb kann die Polizei auch ihnen nicht bloß liebenswürdig entgegenkommen. Für die breite Menge sind unter den Umtrieben der Sozialdemokratie aber auch Recht und Autorität leere Begriffe geworden. Sie nährt deshalb schon instinktmäßig einen fanatischen Hass gegen die Polizei als Repräsentantin der staatlichen Autorität. Bei dem geringsten Unfall betätigt er sich elementar in ihnen. So taten die Moabiter Gesetze zustande. Ein Volk aber, bei welchem in unseren Tagen solche Verirrungen der Seele möglich sind, ist noch unmöglich und kann der starken Hand der Polizei garnicht entbehren.“

Solange die großen und kleinen Jago's solche verborgene Ansichten über das Verhältnis zwischen Polizei und Publikum haben, wird die Polizei sicher nicht beliebt werden, als sie gegenwärtig ist. Die Unverschämtheit, das deutsche Volk als unmündig den rohen Fausten ehemaliger Unteroffiziere zur Erziehung zu überantworten, wird vielmehr die Bewegung gegen Polizei und Polizeigegist nur noch heftiger und allgemeiner erheben lassen.

#### Portugal.

Portugal nach der Revolution. Über den Stand der Dinge in Portugal werden gegenwärtig, besonders in der klerikalen Presse, die dadurch Rache zu nehmen sucht für die Verreibung der Jesuiten und anderer Klassenbrüder, allerlei Schauermärchen verbreitet; auch sucht man Spanien gegen Portugal aufzuhetzen. Gegen dieses Treiben wendet sich der portugiesische Minister des Außen in folgender Depeche an die portugiesische Gesellschaft in Berlin: Der Ausstand der Metallarbeiter ist beendet, und der der Arbeiter der Gasanstalten wird wahrscheinlich ebenfalls bald beigelegt sein. Die Feuerwehrleute, die Matrosen und die republikanische Garde zeigen bewundernswerte Disziplin und Opferwilligkeit. Sie haben wesentlich zur Durchführung der sanitären Maßnahmen auf Madeira beigetragen, wo die Cholera im Erdbeben begriffen ist, auch bei der Herstellung von Leichgas in Lissabon geholfen. Ihnen ist es zu verdanken, daß es der Stadt nicht an Bedeutung fehlt. Im ganzen Lande zeigt sich eine starke Bewegung gegen die Ausländer; diese Kundgebungen verbinden sich mit solchen Angriffen der vorläufigen Regierung und der republikanischen Staatsform. Vergangenen Montag haben zwei Ereignisse bewiesen, daß alle Schichten der Bevölkerung jetzt völlig auf Seiten der Republik stehen: Mehrere tausend Personen haben offen ihrer Solidarität mit der Regierung Ausdruck gegeben, indem sie den Kriegsminister begeistert begrüßten, und am Abend haben Vertreter von Handel und Gewerbe zu Ehren des Kriegsministers ein großes Festessen im Saale der Oper gegeben. Diese Ereignisse geben zu der größten Befriedigung Anlaß, und daher hat die Regierung mit Bedauern aber ruhig Kenntnis von den Telegrammen genommen, die sich auf eine angebliche Einigung fremder Mächte bezogen, die der lebte Traum der reaktionären Gegner der nationalen Wiedergabe ist. Kein politischer Beweggrund kann Veranlassung zu der Nachricht von der Ankunft eines italienischen Kriegsschiffes gegeben haben. Der Minister des Innern hat die erforderlichen Befehle erlassen, um mit Beschleunigung die Vorarbeiten für die Wahlen in Angriff zu nehmen.

#### Amerika.

Zuständigverbrecher. Der Bundesrichter Greeley Whittford hat auf Antrag der Northern Coal and Coke Company in Kokomo gegen streikende Arbeiter ein Streikverbot (Einhaltsbeschluß) erlassen. Wegen Verletzung dieser militärischen Verfügung hat er 16 Arbeiter zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Beratung ist ausgekehrt — sofern nicht das Volk selbst diese Schandhaftigkeit endlich zum Zeust jagt.

#### China.

Der Aufstand in Nanking. Nach den letzten amtlichen Meldepungen ist die Lage in Nanking beunruhigend. Die Verbündung mit Guo und Umgegend ist noch nicht sicher. Die leitenden Kreise sind über die

eigentliche Lage der türkischen Truppen im unklaren. Der Kriegsminister verfügte die sofortige Einberufung der Reserve der ersten Klasse von Monastir, Perlepe und Kavallis, ferner von 12 Bataillonen von Kossovo.

## Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform.

In ganz Preußen fanden am Sonntag, 22. Januar, zahllose Protestversammlungen statt, in denen die entrichteten Wähler Stellung nahmen zu der Verschleppung der preußischen Wahlrechtsreform.

In Groß-Berlin fanden allein 73 Versammlungen statt, die ohne Ausnahme überfüllt waren. In vielen Sälen muhten Esche und Stille entfernt werden, und die Menschenmassen, die keinen Platz mehr fanden, stauten sich auf den Straßen und hielten zum Teil bis nach Ende der Versammlung aus. Eine zahlentümliche Abschätzung der Teilnehmer ist ganz unmöglich. Sicher ist nur, daß weit über 100.000 sich in Groß-Berlin an der Demonstration beteiligten. Strahldemonstrationen waren nicht geplant und sind infolgedessen auch völlig unterblieben. Die Polizei aber hatte sich auf einen großen Tag eingerichtet. Vor allen Lokalen waren starke Polizeiaufgebote sichtbar; fliegende Wachen waren eingerichtet, und die Polizei hatte sich bewaffnet, als ob neue Moabiter Schlachten bevorstünden. Es ist infolgedessen zu keinerlei Zusammenstößen gekommen. Die Massen gingen nach Schluß der Versammlung ruhig ihres Weges, und die Polizei war klug genug, direkte Zusammenstöße nicht zu provozieren.

Die Versammlungen wurden in Groß-Berlin teilweise, in der Provinz durchgängig überwacht.

In allen Groß-Berliner Versammlungen wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht ihre letzte Empfehlung über die Art aus, in welcher unsere Regierung und der reaktionäre blau-schwarze Block das Ver sprechen des Königs, dem preußischen Volke endlich eine der heutigen Kultur angemessene Vertretung zu schaffen, verleugnen und zu brechen versuchen.

Die Mehrheit des deutschen, des preußischen Volkes, aus den Anhängern der Sozialdemokratie bestehend, hat allerdings von den herrschenden Klassen keine andere Handlungswise als Hohn, Spott und brutale Vergewaltigung zu erwarten.

Die Versammlungen geloben wiederum, unablässig zu wirken und zu agitieren, um die schamlose Reaktion in Preußen zu bekämpfen. Besonders die kommenden Reichstagswahlen durch sozialdemokratische Stimmabgabe zu einer vernichtenden Niederlage der Junker und Schärmacher zu gestalten und die Regierung zur Gewährung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu zwingen.

Aus den übrigen Teilen Preußens liegen folgende Nachrichten über die Wahlrechtsdemonstration vor:

Königsberg. Zwei große Versammlungen, trotz schlechten Wetters von 8000 Personen besucht. Großes Polizeiaufgebot. Die Demonstration verlief ruhig.

In Ostpreußen fanden weitere Versammlungen statt in Gumbinnen, Tilsit, Memel, Rastenburg, Lyck, Braunsberg und Osterode.

Breslau. Sechs überfüllte Versammlungen, an denen zirka 8000 Personen teilnahmen. Die Polizei war zulässig.

Landkreis Breslau. 13 Versammlungen.

Provinz Schlesien. Es fanden nicht als 50 Versammlungen in der Provinz statt. In allen Versammlungen fand eine Resolution Annahme, die über das Schweigen in der Wahlrechtsfrage protestiert.

Kiel. Im Kieler Wahlkreis wurden 10 Versammlungen abgehalten. Die Beteiligung war sehr stark. In Kiel allein beteiligten sich zirka 8000 Personen.

Hamburg. 2 überfüllte Versammlungen protestierten einstimmig und verliefen sonst ruhig.

Halle. In den 8 Wahlkreisen des Bezirks Merseburg fanden 63 Demonstrationsversammlungen statt, die ausnahmslos sehr stark besucht waren. Die Versammlungen in Halle waren polizeilich abgesperrt. Vor den Versammlungen fand eine Flugblattverbreitung statt, wobei ca. 80. Genossen von der Polizei festgestellt wurden. Grund wurde den Verhafteten nicht angegeben.

Magdeburg. Zwei Demonstrationsversammlungen, darunter eine unter freiem Himmel, waren sehr stark besucht. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 8000 geschätzt. Die Polizei hatte ihre Streitkräfte im Nahendienst durch Doppelposten verstärkt, sie verhielt sich jedoch passiv.

Erfurt. In Erfurt und Umgebung fanden drei Versammlungen statt, die insgesamt von ca. 3000 Personen besucht wurden.

Ebersfeld. In Ebersfeld und Barmen fanden vier Versammlungen statt, sie waren durchgängig überfüllt. Die Besucherzahl belief sich auf ca. 5000. Die Versammlung protestierte gleichzeitig gegen die sogenannte Reform der rheinischen Landgemeindeordnung, die die Vorrechte der Besitzenden erhalten will.

Kemnitz. Die Versammlungen im Kemnitzer Wahlkreis und im Kreis Hagen-Schwelm verliefen bei sehr starker Beteiligung ruhig.

Köln. Im Kölnner Kreis fanden 8, im Mühlheimer Kreis 6 und im Aachener Kreis 5 durchgängig überfüllte Versammlungen statt.

Düsseldorf. Im Kreis Düsseldorf wurden 9 Versammlungen abgehalten, die auch überfüllt waren.

Essen. Im Stadt- und Landkreis Essen protestierte die Bevölkerung in 4 Versammlungen. Die Versammlungen waren, wie überall, sehr stark besucht. Die Polizei verhielt sich überall reserviert.

Lüdenscheid. In Lüdenscheid, Herborn, Altena, Werdohl, Grüne und Heiligenhoven wurden 6 Versammlungen abgehalten. Besucherzahl 5000.

Dortmund. Der Wahlkreis Dortmund veranstaltete 12 Versammlungen, sie waren gut besucht. Besucherzähle sind nicht zu verzeichnen.

Bielefeld. In Bielefeld und den Vororten fanden 3 Versammlungen statt. 3000 Besucher. In Bielefeld fanden zahllose Versammlungen statt, die keinen Platz mehr.

Kassel. Eine Versammlung war von 2000 Personen besucht. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen. In irgendwelchem Einschreiten kam es nicht.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 19.

Montag, den 23. Januar 1911.

18. Jahr.

## Rußland im Jahre 1910.

Für die innere Politik Rußlands war das verflossene Jahr insofern sehr bedeutungsvoll, als es die Triebkräfte und Aussichten der Reaktion bloßlegte und durch die Aufzündung der Parteikämpfe und politischen Widersprüchen die innere Lage außerordentlich verschärfte. An Stelle des politischen Chaos der vorhergehenden Reaktionsjahre ist eine größere Klarheit getreten. Die Sieger des 16. Juri, die Schöpfer und Vollstrecker des Staatsreiches, haben sowohl auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik ihr Werk vollendet und ihr Programm mit aller Deutlichkeit offenbart. In gleicher Zeit aber hat sich die praktische Durchführbarkeit dieses Programms krasser als bisher erwiesen, während die beginnende Mobilisierung der revolutionären Kräfte den Weg zeigt, den die Völkerstaaten Rußlands einschlagen müssen, um sich aus der Sackgasse der Konterrevolution zu befreien.

Das hervorragendste Ereignis der inneren russischen Politik war die Verschiebung des Schwergewichts von der bisher führenden Oktobristenpartei zu der gemäßigten Rechten, die sich unter dem Namen "Allrussischer Nationaler Verband" konsolidierte. Selbst der operettenhafte "Liberalismus" der Oktobristen erwies sich für die herrschende Bürokratie als zu weitgehend und darum zägernde sie keinen Augenblick, die von ihr selbst großgehäuserte "Partei der letzten Regierungsverfügung" über Bord zu werfen und bei den kriegerischen Nationalisten der Rechten Anschluß zu suchen. Den Anlaß hierzu bot die Haltung, die die Oktobristenpartei in der Frage der Gewissensfreiheit und der Unantastbarkeit der Person wie in den Heeres- und Marinestragen eingenommen hatte. Von dem Bestreben geleitet, sich die Stimmen der einflußreichen altgläubigen Kaufmannschaft zu erhalten, leistete sie bei der Beratung des Allgläubigen-Toleranzgesetzes den Händen des heiligen Synods einen bisher ungewohnten Widerstand, während sie im Interesse des neuermachten russischen Imperialismus in den Heeres- und Marinestragen einen größeren Einfluß zu erlangen suchte. Aber der Toleranzentwurf der Duma scheiterte in dem Reichsrat, und der oktobristischen Opposition in der Frage des Marinegeneralsabsatzes, die sich zu der Kardinalfrage über die Kompetenz der Duma in Marine- und Militärfragen überhaupt entwickelt hatte, wurde durch das Zarendekret vom 10. Mai das Genick gebrochen. Die Oktobristen schluckten auch den neuen Verfassungsbuch, der durch die Zareninterpretation des Art. 95 der Grundgesetze begangen war, denn die Angst um die Armee bewog sie schließlich, dem Absolutismus carte blanche für die Zukunft zu geben. Aber der fortwährende Widerstand des Reichsrates und die Unfruchtbarkeit der bürokratischen Gesetzgebung reizte die Oktobristen dennoch, und ihr Führer Gutschow trat in seiner Programmrede in der Frühjahrssession gegen den Reichsrat und mit der Forderung von Reformen hervor. Die Bürokratie schien nur auf diesen Moment gewartet zu haben, um rücksichtsloser zum Angriff überzugehen. Was man von der Staatsstreichduma nehmen konnte, um die Kampfpositionen des Absolutismus zu stärken, mußte eben jetzt genommen werden. Die Regierung schob ihre Politik des kriegerischen Nationalismus in den Vordergrund, die von den Interessen der rückständigsten Schichten der Bevölkerung, vor allem des wirtschaftlich rückständigen russischen Großgrundbesitzes und der Schmatzergesellen der Bürokratie diktiert war. Vollkommen begreiflich, daß sie hier die weitgehendste Unterstützung der extremen Rechten und der "Nationalisten"

sucht, die an Stelle der Oktobristen die führende Rolle in der Duma übernahmen.

Die Oktobristen kapitalisierten sofort vor ihren Konkurrenten auf der Rechten und suchten den früheren Einfluß dadurch zurückzugewinnen, daß sie sich mit dem Eifer gratifikationslüsterner Kanzleibeamter für die Erdrosselung der finnischen Freiheit ins Zeug legten. Dieser Schritt beschleunigte aber nur noch den Zerfall dieser noch vor kurzem mächtigen Partei. Die Erdrosselung Finnlands hat in der Praxis erst begonnen, aber schon hat die Beratung der Finnländervorlage in der Duma die Oktobristenpartei selbst gefrengt und zu noch größerer Bedeutungslosigkeit verurteilt. Vergebens versuchte Gutschow den Bankrott seiner Partei durch den nochmaligen Hinweis auf den Reichsrat zu maskieren. Wenn er jetzt, am Ende der Session drohend, erklärt: "Untere ganze Tätigkeit in der Duma kann bei der reaktionären Stimmung des Reichsrates bis auf Null reduziert werden!" so begreift jeder, daß die Bedeutung dieser Partei schon jetzt, und zwar infolge ihrer servilen, volksverräterischen Politik, auf Null reduziert ist. Unter diesen Verhältnissen ist es verständlich, was der Offiziellus der Oktobristenpartei "Golos Moskwy" vor kurzem in einem redaktionellen Artikel schrieb: "Unter den Führern der Fraktion taucht der Gedanke auf, die Abgeordnetenmandate nicht erzulegen... Bei den jetzigen Bedingungen ist vielleicht auch kein anderer Ausweg vorhanden." Ein solcher Schritt wäre nach den parteipolitischen Wandlungen der letzten Jahre auch nur konsequent, denn mit dem Oktobrismus ist politisch auch die dritte Duma bankrott. Da die Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie sich als vollkommen unsfähig erwiesen haben, den Verfassungskampf selbst im Rahmen des Gesetzes vom 16. Juni 1907 zu führen, so verwandelt sich die Duma, seitdem die Führung in die Hände der Nationalisten übergegangen ist, die die Verfassung im Prinzip vernieinen, definitiv in einen untergeordneten Bestandteil der bürokratischen Regierungsmaschine, bloß dazu bestimmt, dem Absolutismus als Dekorationstück, als Kulisse für seine Schandtaten zu dienen.

Wenn diese Entwicklung im Interesse der politischen Ausklärung der breiten Massen zu begrüßen ist, so gibt sie andererseits der Bürokratie und dem Junkertum vorläufig die Möglichkeit in die Hand, auf Kosten der "Fremdvölker", b. d. der nicht russischen Nationalitäten, die mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, Triumphe zu feiern und gegen die Arbeiterschaft mit um so größerer Rücksichtslosigkeit vorzugehen. In dem chauvinistischen Feldzug der echtrussischen Eroberer steht natürlich der Kampf gegen die Freiheit und Selbständigkeit Finnlands an erster Stelle. Hier fanden sie, wie bereits erwähnt, auch die Unterstützung eines großen Teils der Oktobristen, die die Vergrößerung Finnlands nicht nur im Interesse der "Rehabilitierung" ihrer Partei vor Stolypin guthießen, sondern auch weil sie darin einen Erfolg für die Misserfolge des russischen Imperialismus im fernen Osten, in Persien und am Balkan erklickten. Das Volk sollte über die trostlose Lage im Innern durch äußere Erfolge hinweggetäuscht werden. Darum richteten sich die Angriffe der zaristischen Bürokratie und der herrschenden Partei gegen das unter russischer Oberhoheit stehende finnische Volk, dessen freiheitliche Einrichtungen, dessen Kultur ihnen schon lange ein Dorn im Auge gewesen waren, und das den echtrussischen Gewaltpolitikern, wie der diebischen Bürokratie als willkommene Beute erschien. Zu gleicher Zeit wurde aber auch der Kampf gegen die übrigen "Fremdvölker" geführt, darunter auch gegen solche, die bisher Hand in Hand mit den

Echtrussen gegen den "Aufstand" gekämpft. Daß die Juden verfolgt wurden, versteht sich bei der Herrschaft der Progomhelden von selbst. Über auch der polnische Großgrundbesitz, die mohamedanische Bourgeoisie und die deutschen Kolonisten wurden durch die Gelehrtenvorlagen der Duma empfindlich getroffen. Die Logik der konterrevolutionären Entwicklung zwang die am Ruder steuernden gesellschaftlichen Schichten, die gestrigen Bundesgenossen von sich zu stoßen, um den Anforderungen der echtrussischen Parasiten Genüge zu leisten. Die heutige Lösung "Rußland für die Russen!" verspricht also dem Stolypinischen Regime nicht geringe Komplikationen. Schon der Kampf gegen das finnische Volk, die Verwirklichung des "allgemein staatlichen" Erdrosselungsgesetzes wird der Petersburger Regierung die denkbare größten Schwierigkeiten bereiten, während die aggressive Politik gegen die übrigen "Fremdvölker" und Grenzgebiete alle Versuche lahmlegen werden, die militärische und diplomatische Reaktion Rußlands zu verwirklichen.

Dass diese Erwägungen auch der russischen Regierung nicht fremd geblieben sein dürften, ist aus der schroffen Wendung ersichtlich, die die auswärtige Politik Rußlands in den letzten Monaten des verflossenen Jahres gemacht hat. Nachdem die russische Diplomatie, im Bewußtsein ihrer Schwäche am Balkan, den Panislamismus preisgegeben, und durch den Vertrag mit Japan, dem die Annexion Korea durch Japan auf dem Fuße folgte, ihre Schwäche im fernen Osten kundgetan, stützte sie sich in die Arme des deutschen Imperialismus, dem dieser Schritt im Interesse seiner aggressiven Pläne in Asien äußert willkommen war. Für Rußland bedeuten die Potsdamer Abmachungen aber mehr als eine Egiziatour mit Deutschland, die den Zweck verfolgt, einen Druck auf den französischen und englischen Verbündeten auszuüben und die Teilung Persiens zu beobachten. Für das absolutistische Rußland bedeutet die Annäherung an den deutschen Halbabsolutismus eine Rückversicherung gegen die revolutionäre Gefahr im Innern. Nicht umsonst hat die russische Junkerpresse seit Jahr und Tag eine Annäherung an das "monarchische Deutschland" gefordert. Nicht umsonst stolz lockt das Zentralorgan der Echtrussen "Semchtschina" jetzt, daß die Potsdamer Abmachungen zur "gemeinen" Abwehr der aus dem Westen heranrückenden Anarchie und zur Verteidigung unserer historischen Grundrechte dienen würden. Und nicht umsonst endlich fiel gleich nach Potsdam das Wort von der "antirevolutionären Koalition" zwischen Rußland, Österreich und dem Deutschen Reich, deren Grenzen zwischen Rußland und Deutschland sich übrigens schon jetzt mit jedem Tage immer sichtbarer bemerkbar macht. Ob aber der russische Absolutismus den richtigen Zeitpunkt gewählt hat, seinen Traum der Wiederherstellung der Heiligkeit Allianz zu verwirklichen, dürfte fraglich bezweifelt werden. Eher ist anzunehmen, daß er auch hier die Geschichte seines Partners, im gegebenen Falle des deutschen Imperialismus, besorgen und sich mit den polizeilichen Liebessdiensten Preußen-Deutschlands begnügen wird. Charakteristisch bleibt es aber auf jeden Fall, daß die innere Hilflosigkeit der russischen Reaktion bereits auf dem Gebiete der äußeren Politik ihre Rückwirkung gefunden und die Regierung zu diplomatischen Schritten verleitet hat, die selbst bei der kapitalistischen Bourgeoisie das größte Missvergnügen erwecken.

Die politische Signatur Rußlands bei der Jahreswende ist demnach folgende: Bankrott der oktobristischen Duma, zunehmende Unterdrückung der Fremdvölker und Grenzgebiete, verhärtetes Vorgehen gegen die bürgerliche

## Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(46. Fortsetzung.)

Tante Agathe befand sich in dem Seelenzustande, in welchem sich mehr oder minder alle diesen Personen befinden, deren Liebesfrühling urplötzlich verhagelt ist. Sie war in einer höchst elegischen Stimmung. Sie zitierte Bruchstücke von Heines Gedichten, welche der Baron hin und wieder ihr vordeklammte, versuchte schmerhaft auszusehen und grübelte über Selbstmord. Sich entsehlig vereint fühlend, war ihr Herz ganz geartet, die Beute desjenigen zu werden, der mit einem halben Auge nur daran schielte. Demnach fand sie auch Herrn Sarraz, welcher im Gespräch mit ihr einen ausnehmend respektvollen und salbungreichen Ton anstieß, wohl der Beachtung wert und erklärte nach seinem Fortgang der Nächte Rosamunde, daß sie noch nie zuvor einen Mann von so wahrhaft apostolischem Außern und so herzgewinnender Bescheidenheit gesehen habe. "Ein echter Biededaus! ein echter Johanneskopf!" wiederholte sie mehrfach, indem sie jedesmal eine beträchtende Bewegung mit ihrem Hause machte. In ihrem Herzen war sie auch sofort fest entschlossen, dem Biededaus, falls dieser wollt und irgnd eine errätliche Lebensstellung bieten könne, die Hand zu reichen und ihm selbst nach Bathmos zu folgen, wenn auch alle ihre eingefasgten Ahnen davor auf den Gauch zu liegen kämen.

Auf den Burgherrn machte Herr Sarraz auch sofort einen guten Eindruck. Er weigerte sich nicht, das kraue Leibrock anzusehen, meinte jedoch, daß sie sei jedenfalls nicht vom Teufel heimgesucht, sondern an Krämpfen leidend und riet deshalb Wasser-Mittiere und feuchte Leib-Umschläge dem Tiere zu geben. Dies schlug gut an, und nach wenigen Tagen war der Gelbe wieder so wacker auf den Beinen wie nur je, und Herr Sarraz war nunmehr ein vollkommener Gast auf der Burg.

An und in der Tante gingen jetzt seltsame Revolutionen vor. Bisher hatte sie immer sehr lebhafte Farben in ihren Kleidungsstücken getragen, jetzt erschien sie jetzt in einer Hülle — so nannte sie es selber — von grauen oder braunen Wollstoffen. Ihre großen Ohrgehänge und Armbänder

und Ringe legte sie ab, und statt der langen Schmachtlocken, die bis dahin ihr Antlitz umflattert hatten, umkränzte jetzt dasselbe der graue Strich einer Herrnhuter Haube. Ihre Lenden hatte sie mit einem ledernen Riemen gesäumt, an dem, neben einem großen Schlüsselbunde, ein gußeisernes Kreuz und an einem schlernen Ketten ein neues Testament hingen und statt der bunten, frivolen, französischen Lithographien, wonit einst der Baron die Wände ihres Zimmers verhüllt hatte, wurde dasselbe jetzt durch schauderhafte biblische Holzschnitte, welche sie dem Herrn Sarraz abkaufte, begnadet.

In demselben Behaublich, in dem der Baron so oft gehörte hatte, saß jetzt Herr Sarraz, und auf demselben Tischchen, das sonst eine Flasche Chateau d'Yquem oder Burgunder getragen hatte, stand ein mächtiger Deckelkrug mit starkem Grog gefüllt, denn dies Getränk zog der neue Apostel allen anderen Getränken vor. Auf einem Schemel, zu des Meisters Füßen, saß die Tante; auf ihre Knie hatte sie die Ellenbogen gestützt, ihr Haupt ruhte in ihren Händen, und das natürliche Auge leuchtete zärtliche Grüße dem Lehrer zu. "Erzähl mir mehr von der Fleischabtötung der Heiligen, o holdes Johannes," sagte sie und rückte ihren Schemel so nahe, daß ihre Knie die des neuen Apostels berührten.

"Gern, teuerste Schwester," erwiderte der Aufgeforderte, ich rede von nichts lieber, als von diesen hochheiligen Männern und Frauen, diesen Blutzeugen der Kirche, diesen hochgebetenen Werkzeugen und Gefäßen des Reiches Gottes. Nur derjenige, welcher mit Weltüberwindungskraft und Stark und Vein verzehrender Liebesglut die Fleischestreifung und die Weltabsterbung übt, nur der gewinnt Sterbensfreudigkeit und probehaltigen Todesmut. — Wovon wollte ich aber erzählen, liebste Freundin?"

"Bon der heiligen Passione von Siena, lieber Meister."

"Die heilige Passione," fuhr Herr Sarraz fort, Ich ließ immer nur auf der harten Erde, oder einem ungehobelten Bretter, zuweilen auch auf Klüftchen oder Befestigern. In ihren Schuhen trug sie Eisen oder glühend gemachte Schrotkörner. Bei ihrem Gebet kniete sie auf Einsteln oder auf einem großen Kreuzisen, zuweilen auch auf einer Platte von glühendem Eisenblech. (Das Krautlein saufzte, an ein anderes glühendes Eisenblech saß erinnernd, hoch auf.) Hin und wieder ließ sie sich in einem Schorn-

stein aufhängen, und zwar an den Füßen, den Kopf nach unten, und ließ dann unter sich ein Feuer von nattem Stroh anbünden, und dies alles, um ihr Fleisch zu mortizieren und sich der Gnade Gottes würdiger zu machen."

"Himmlische Güte bei den Beinen in einen Schornstein aufgehängt, wie einen Schinken? Das könnte ich, trotz alter Liebe zum Herrn, nicht ertragen," seufzte leise die Tante.

"Der heilige Godric in England," fuhr Herr Sarraz fort, "zogte dreimal ein eisernes Hemde ab, das er auf blosem Baute trug. Er knetete Milch in sein Brot, blieb im strengsten Winter ganze Nächte hindurch im Wasser stehen und streute Salz und seine Wunden und Geschwüre. Die heilige Katharina von Cordova weidete gleich den Tieren des Feldes, und zwar an Hafttagen weniger als gewöhnlich. Der heilige Macarius von Alexandria saß in einer dunklen Höhle, die so enge war, daß er die Füße nicht darin auszustrecken vermochte. Einst stach ihn eine Horniss und der heilige Mann, von welchem Grimme erfaßt, töte die dieselbe. Bald jedoch überkam ihn dieser Tod halber eine große Angst, und er zog sich deshalb in eine Wüste zurück, wo er sich sechs Monate lang nackt humpf und allen Schrecken des Witterung trockte. Es gab hier aber auch gewaltig viele Hornisse, und diese zerstachen dem Manne Gottes aufs grausame die Körperteile, auf welchen man sitzt."

"Gerechter Himmel! Der arme Heilige!" seufzte die Tante, "solche Torturaktionen zu ertragen, mein lieber Meister, wäre wahlich mein Fleisch zu zart und zu schwach."

"Der heilige Ursinus," fuhr Herr Sarraz fort, "untersieht vermitteilt faulender Palmblätter und verbrannten Bechers einen formwährenden Gestank in seiner Höhle".

Darauf erzählte er ihr vom heiligen Antonius und vom heiligen Robert von Arbriss und dessen Konfessionen, über welche sich meine lieben Lejer sehr unterrichten mögen.

"Das ist zwar eine entsetzliche Bildung des Fleisches und der Fleischel," sagte die Tante und blickte ihr Antlitz in den Händen, "aber dieses Kreuz, lieber Meister, würde ich um nichts in der Welt verlassen, auch nicht auf mich nehmen können. Ach, ich müßte um des lieben Heilands willen recht ärgerlich und gewalttätig Meinungen und Erledigungen erdulden."

"Doch nein! Die einzigen die Löwen mit Deinem Bratre, Du frommer Gottgesalbter! Erntet nur einmal rein aus,

Demokratie und das Proletariat, und als Ergebnis — Verschärfung der innerpolitischen Lage und beginnende Mobilisation der revolutionären Kräfte gegen den Zarismus.

## Der Patriot wählt — rot!

Herr Felix Kuh, der in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ allwochenlich seine amüsanten Kapriolen schreibt, hat sich diesmal das obige Thema als Einleitung seiner Phantasien ausgezogen. Dabei erzählt er folgende schauderbare Geschichte:

Mein Nachbar ist Patriot. Er ist ein Verehrer Bismarcks, dessen Büste in seinem Arbeitszimmer steht, und obwohl er sonst kein Bücherschreiber ist, hat er sich doch sofort die neueste Biographie des Altreichskanzlers angekauft. Mein Nachbar ist ebenfalls Monarchist. Bei dem Gedanken, Deutschland könne in eine Republik verwandelt werden, überläuft es ihn heiß und kalt. Auch ein starker Kirchenfanatiker ist mein Nachbar, dabei ist ihm Religion nicht Form- oder Modesache, sondern innerliches Verdürfnis, er ist als ein echter Deutscher ein nachdenklicher Mann, der den Blick gern nach innen wendet und sich nicht leicht vom Geschrei der oberflächlichen Weltunterbören lässt. Auch ein alter Hemann und Kamillenpater ist mein Nachbar, der seine sechs Sprößlinge in straffer Zucht hält und jeden Gedanken an eine Lockerung altheriger Familienbünde mit gerechter Entzüfung von sich weist. Er ist ein Mann, der daheim und draußen auf seinen eigenen Füßen steht. „Mein Heim ist meine Burg.“ Und was den wirtschaftlichen Beruf anlangt, so ist meines Nachbars Existenz so fest geprägt auf die Bedingungen der heutigen Wirtschaftssituation, dass ihm jede Änderung oder Erholung der gegenwärtigen Verhältnisse den Ruin bringen würde. Ja, das ist mein Nachbar, ein ehrlicher Mensch, ein ehrenwerte Bürger, ein nationaldenender Deutscher, den die Überzeugung bestellt, dass das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch zur Vorherrschaft über alle anderen Völker verurteilt ist.

Mit diesem Maß vor hatte ich kürzlich ein politisches Gespräch. Um welche Dinge es sich gedreht hat? Nun, im Grunde gäbe es ja nur ein Thema, das im Augenblick alle Gemüter beschäftigt. Was werden die Wahlen des kommenden Sommers bringen? Wie soll sich Deutschlands Bürgerschaft zu ihnen stellen, wenn diese oder jene Alternative gegeben ist. Der Reichstag und der preußische Landtag sind wieder an der Arbeit, aber selbst hier merkt man deutlich den „Vorabend großer Ereignisse“. Über den Verhandlungen schwelt deutlich genug der Geist unruhiger Erwartung, und momentan die Lebensanregungen des Reichstags erinnern stark an die bekannten letzten Tage. Also die Neuwahlen, das ist das große X, das ist die Schicksalsfrage des Jahres, dessen Schwelle wir soeben überschritten haben. Kommt es so, wie ich es mir wünsche, rief mein Nachbar aus und schlug mit der Faust auf den Tisch. „So gebe ich meine Stimme einem Manne, der das Bestehende zu schützen weiß, daneben aber einem gelunden Fortschritt bereitwillig die Wege ebnen. Trifft sich aber, dass ein Kandidat nach meinem Sinn nicht in Betracht kommt, dann hol's der Teufel, dann wähle ich dieses Mal einen Sozialdemokraten!“ — Also sprach der Patriot, der Bismarckvereher, der Monarchist, der brave Familienpater, der ehrlame-deutsche Bürger.

Worauf Herr Kuh in die zu erwartende Agonie verfällt und erst durch Zitierung altindischer Mahabharata-Verses wieder zum Leben erwacht. Die Sozialdemokratie wird allem Anschein nach vor bedeutenden Mengen solcher Stimmen bei den nächsten Wahlen verschont bleiben und auch dem obigen Monarchisten und Bismarckvereher wünschen wir von Herzen den geeigneten Kandidaten, der das Bestehende zu schützen weiß, damit er vor der Gewissensbelastung behütet bleibt, aber — welches Urteil bedeutet solch ein Gespräch über die betriebsame Reichsverbandspropaganda, die nun seit Jahren unter Herrn Liebers glorreicher Führung im Lande entfaltet wird! Da stellt man die Sozialdemokratie als vaterlandslose Gesellen hin, die den Thron mit Gewalt stürzen, die Religion schmähen, die heiligen Familienbünde prosanieren und die ganze Welt inklusive Arbeitswilligen und Mittelschichtern terrorisieren, da verbreitet man Schmutzflügler in Menge und füllt die Zeitungen mit Sozialistengift, wirft die Sozialdemokratie aus den Kriegervereinen, knechtet die Beamten und kündigt neue Strafgesetze gegen uns an — mit dem Erfolge, dass der gute deutsche Bürger und religiöse Patriot als einzige Rettung aus kapitalistischer

Du Prediger in der Büste. „Hilf auch ich gern? Lass mich auch einmal nippen, Du Geißel der Sünden.“ — Vielleicht hätte das gute Fräulein ihren fröhlichen Mund erfüllt geschenkt, wäre nicht in diesem Augenblick der Herr von Blümchen eingetreten. Er brachte ein altes Bergament herbei, dessen Verdeinschmuck er vom Letzten Sarraf erbitten wollte.

Dieser wurde rasch damit fertig, und da er bemerkte, dass der Burgherr in geringe Laune war, so machte er den Versuch, ihm das Buch mit dem Namen Mierendorf auszureden. Er fand aber bald, dass dazu alte Bereitschaft nicht ausreichend sei. Herr von Blümchen vermochte sich hoch und niedrig, dass er diesem bestellten Vogelwogel einmal gehörig die Schwungfedern hauen wolle, und nannte die Friedensworte des Missionarius ein salbadorisches Witschowksi. Herr Sarraf wandte demnach die Rede auf etwas anderes.

Haben Euer Gnaden auch wohl erzählen hören, dass hier in der Gegend ein goldenes Christkindlein in einer silbernen Wiege liegend vergroben sein soll? fragte er plötzlich.

„Ob ich's gehört habe?“ entgegnete der Burgherr, ein jedes Kind hier weiß ja davon zu erzählen. Ritter Jürgen Blümchen lebte dies Kind von der lieben Kirche, aber dort wurde es später bei Nacht geradelt, und niemand weiß, wo es geblieben ist. Die Sage erzählt, dass es in der Wüste Heide vergraben worden sei. — Wissen Sie etwas von der Wiege, Sir?“

„Ich glaubte zu wissen, wo sie liegt.“

„Was? Sie wissen wo dieser Sack liegt?“ rief der Burgherr und stürzte zu einer kleinen Stahlstift um „wissen Sie auch, dass es eine alte Familiensage ist, die Blümchen seitdem dann wieder zur vollen alten Herrlichkeit gelangen, wenn jenes kostbare Kind wieder zu Hause kommt. Wissen Sie das? Wo liegt's? Reiten wir sofort hin, um es zu holen.“ Aber wie hörten Sie von der Sache?“ — „Sarraf, Sie sind ein Eselsteufel!“

„Ein Eselsteufel?“ lachte entsetzt das Fräulein. „Burgherr, Du weißt entgegne die Absurdie. Ich habe, er spielt eher jenen Männer, welche den heiligen Geist ausweichen. Der gute Sarraf.“

Stichluss und Moderator den sozialdemokratischen Stimmzettel ansieht!

Wahrlich — eine bessere Satire auf den geistigen Kampf gegen die Sozialdemokratie hätte Herr Kuh nicht schreiben können!

## Aus der Partei.

Genosse Weigel, der seit 14 Jahren im Meininger Landtag den Kreis Steinach vertrat, ist am Freitag vor mittag gestorben.

Ein Opfer zentralischer Verhetzung. Nach der Stadtverordnetenwahl in Dortmund und hatte die „Tremontia“ die tollsten Phantasien über das angebliche Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen gebracht. Das Blatt, das sich natürlich blättere, diese Behauptungen in eine juristisch anregbare Form zu bringen, hatte mit seinen schwindelhaften Angaben auch in der christlichen Arbeiterchaft des Dortmunder Bezirks Glauben gefunden. So machte am 11. September v. J. in einer Knappenschaftswahlversammlung, in der Genosse Brederick referiert hatte, der christliche Bergarbeiter und Zentrumsmann Romweber u. a. folgende Äußerungen: „Herr von Bredereck hat in seinem Vortrage wohl eine halbe Stunde das Zentrum kritisiert. Ich hätte aber gewünscht, dass er uns von den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund etwas erzählt hätte, wo er mit Maiweg und Genossen ein Bündnis abgeschlossen hat, wie er in dem Automobil der Herren durch die Straßen gefahren, also läudlich Arbeiterverrat verübt hat.“ Genosse Bredereck wies zwar gleich in der Versammlung diese Anschuldigungen als unwahr zurück, er sah sich aber doch noch veranlasst zu klagen, weil von Zentrumanhängern gesagt worden war, er würde nicht den Mut zu einer Klage haben. — In der Verhandlung, die am Dienstag vor dem Schwurgericht Dortmund stattfand, muhte Romweber die vollständige Hartlosigkeit seiner Behauptungen zugeben. Er sagte, es stiehe ihm leid, die Behauptungen aufgestellt zu haben. Er könne sie nicht beweisen, er sei durch seine Presse verleitet worden. Romweber gab dann die Erklärung zu Protokoll, er sei nicht in der Lage, eine beleidigende Behauptung aufrecht zu erhalten, sie entbehrt vielmehr jeglicher Begründung. Er bedauert, Bredereck beleidigt zu haben und übernimmt sämtliche gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten. Nach dieser Erklärung zog Bredereck die Klage zurück.

## Gewerkschaftsbemühung.

Statt Lohn erhöhung — Lohnkürzung! Wie andere Belegschaften, so holt auch die Belegschaft von Zeche „Freiberg“ eine Versammlung ab und beschloss, durch den Arbeiterausschuss eine 15prozentige Lohnherabsetzung zu fordern. Wie erstaunte aber die Belegschaft, als sie am nächsten Tage früh zur Zeche kam und ihr für den 1. Februar eine allgemeine Lohnkürzung angekündigt wurde. Es wurde bekannt gegeben, dass vom 1. Februar an den Kohlenhäusern pro Tagen 10 Pf. weniger bezahlt werden soll, das macht pro Mann und Echicht etwa 40 Pf. aus. Das soll nun keine Provokation sein! Wenn die Christen selbst sagten, dass eine 15prozentige Lohnherabsetzung den Rum der Belegschaften bedeuten würde, so ist das kein Wunder, wenn die Betriebsverwaltungen mit Lohnkürzungen vorgehen.

Unternehmer-Unversöhnlichkeit. In Dresden stellten gewisse Droschkenbesitzer Klischee, die sich wegen irgend einer Kleinigkeit mißliebig gemacht hatten und entlassen worden waren, folgendes Zeugnis aus:

Hiermit bescheinige ich, dass Herr ... vom ... bis 10. Januar bei mir als Droschkenführer

in Dienst gestanden hat. Derselbe war stetig, treu und ehrlich und während dieser Zeit Mitglied der ... Kasse.

Ich musste ihn entlassen, da derselbe laut Beschluss des Droschkenbesitzer-Vereins ausgeschlossen worden ist.

Dresden, den: ... 1911.

Unterschrift.

Einer der Entlassenen ist im Besitz des Diploms für treue fünfzehnjährige Dienste an einer Arbeitsstelle. Das zeigt, was von derartigen Auszeichnungen zu halten ist.

Auf der Suche nach Terrorismus-Material gegen die sozialdemokratischen organisierten Arbeiter begibt sich nun auch der Verband der sächsischen Industriellen. Es folgt damit den Spuren anderer Scharfmacherorganisationen. In einer öffentlichen Aufforderung an seine Mitglieder warnt er

„Ach was!“ entgegnete Herr von Blümchen, „das sind nur Redensarten. Trüffeler heißt bei mir, was bei Dir ein Erzvater heißt. — Aber, wo liegt's Wiegendkind? Wo liegt der Hund begraben, Sarraf?“

„Der Sarraf liegt jenseits der Grenze, in Polen, bei den Markower Buchen. Übermorgen nacht können wir, falls es Ihnen paßt, uns Werk gehen und ihn heben.“

„Weshalb nachts? Wir wollen sofort hin.“

„Gnädiger Herr, das würde nicht gehen. Die Preußen haben hinter den Ohren und facteln nicht, und obendrein gehören dort zwei Drittelteile von gefundnenen Schäzen dem Fiskus.“

„So gehen wir meinewegen bei Nacht.“

„Nun gut, mein gnädiger Herr. Ich werde alle Vorbereitungen treffen, kommen Sie am Donnerstagabend zum Kriegsfrüchte; dort finden Sie mich mit uns nötigen Leuten. Den vierten Teil vom Werk des Sarrafs bedinge ich mir jedoch aus, um dafür ein Magdalenenlilst in Jerusalem zu begünsen.“

„Ein Magdalenenlilst in Jerusalem? Eine wahnsinnig apostolische Idee!“ sagte und wiederholte zu dreien Malen das Fräulein.

Herr Sarraf nahm Abschied und wanderte dem Kriegsfrüchte zu. Unterwegs lachte er öfter laut vor sich hin. Zu derselben Zeit rief der Burgherr sich vergnüglich die Hände und sagte bei sich: ein gemütlicher Kerl, dieser Sarraf. Woher er das mit dem Schatzlein wohl weiß? Sollte er wirklich mehr als Brot einen können? Aber ein Schatzkost ist er bei alledem doch. Niemals soll er von dem Schatzklein haben, nicht den Vogel vom kleinen Ich. Sobald wir die Geschichte gefunden, legt ich den Kerls die Pistole auf die Brust, nehme es Ihnen ab und reite davon.“

Während die Gedanken des Burghers so beschäftigt waren, weitere die der Schweißer noch immer im Konventum bei dem heiligen Robert von Arnsdorf und bei den Rastestunden, welche er sich aufzuzeigen pflegte.

„Der heilige Robert von Arnsdorf!“ sagte sie und ge- (Fortsetzung folgt.)

vor dem Abschluss von Verträgen, nach der nichtorganisierte Arbeiter in den vertragsschließenden Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen und vor der Bestimmung, dass Arbeitsträger lediglich von bestimmten Arbeitsnachweisen entnommen werden sollen. Weiter aber werden die Unternehmer aufgerufen, möglichst umfangreiches Material über bekannt gewordene Fälle von Boykott oder Ausschreitungen bei Streiks einzulenden, namentlich über Ausschreitungen von Streikposten, Terrorisierung nichtorganisierter Arbeiter und ähnliche Überfälle der Gewerkschaften. Dieses Material soll dann in der breitesten Öffentlichkeit bekannt gemacht und namentlich den geschäftgebenden Gewerkschaften über diese Ausschreitungen berichtet werden, denn nur auf diese Weise sei es möglich, derartigen Überfällen wirksam zu begegnen und die Behörden zu veranlassen, gegen die amorphen in dieser Richtung vorhandenen Missbräuche auf Grund der bestehenden Gesetzesbestimmungen einzuschreiten. Der Schrei nach verschärfter Anwendung der Strafgesetze muss jedem objektiv urteilenden Menschen angemessen der legenden Verurteilungen bei Streikszenen als höchste Scharfmachertoltheit erscheinen. Unsere Strafjustiz bedarf dieser Scharfmacherei wahrlich nicht, sie ahndet jeden Übergriff bei Streiks schwer genug. Und das Material, das solche Aufforderung zeitigen wird, wird ausreichend zu einer Siedelbroschüre gegen die Gewerkschaften und die Partei sein, sonst aber einer sachgemäßen Kritik nicht standhalten können. Wir haben kürzlich erst dargetan, was für die Scharfmacher alles als Material herhalten müssen.

## Kommunales.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis für Berlin. Das Berliner Stadtverordnetenkollegium verhandelte am Donnerstag die Anträge des Genossen Dr. von ... eine städtische Arbeitslosenunterstützung zu gewähren und einen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten. Genosse von ... wortete darauf hin, dass die Lage des Arbeitsmarktes immer noch schwierig sei. Die Stadt Berlin dürfe sich nicht der Flucht entziehen, die Arbeitslosen in irgend einer Form zu unterstützen und die Not zu verhindern. Die Arbeitslosenfrage werde für das ganze Groß-Berlin gelöst werden müssen. Gen. ... forderte einen paritätischen Arbeitsnachweis, der unter Aufsicht der Stadt Berlin stehen soll. Die Arbeitsvermittlung müsse unentbehrlich erfolgen. Die Kosten der Errichtung, Unterhaltung und des Aufbaues des Arbeitsnachweises soll die Stadt Berlin tragen. Was die Stadt für einen guten Arbeitsnachweis aufwende, erspare sie an Armenunterstützungen. Nach einer langen Debatte, in der Stadtrat Fischer meinte, die Größerung solcher Fragen sei Aufgabe des deutschen Städtetages, wurden die Anträge der gemischten Deputation überwiesen, die durch 8 Stadtverordnete und 8 Magistratsmitglieder verstärkt wird.

Ein Kampf um das Gemeindeparlament. In der westfälischen Landgemeinde Herde vertrat die Zeche über die Mehrheit der Sitz im Gemeindeparlament. Am Herbst 1910 gelang es unten Genossen, dem Zentrum zwei Sitze der dritten Abteilung und der Bürgerpartei einen Sitz der zweiten Abteilung abzunehmen. Die erste Gemeinderatsitzung war für den 3. Januar anberaumt; sie kam nicht zu Stande, weil die Zechenpartei gegen die Gültigkeit der Wahl für die zweite Abteilung Protest eingelegt hatte. Anschließend soll von den Sozialdemokraten „Terrorismus“ geblüht worden sein. Als es sich herausstellte, dass die Beschuldigung durchaus unbegründet war, wurde für den 17. Januar eine neue Sitzung einberufen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erhob der Direktor der Zeche, Ewald Einpruch gegen die Rechts Gültigkeit der Zusammensetzung der Röverschaft. Die Amtsperiode der Gemeindevertreter beträgt sechs Jahre; für die nicht Wiedergeschafften sei diese Frist erst am 18. Februar abgelaufen. Der Hinweis, dass die Amtszeit der ausscheidenden Mitglieder nach altem Brauch mit Ablauf des Jahres in dem die Neuwahlen vorgenommen würden, erloschen sei, war vergeblich. Vor der Amtmann die Entscheidung durch eine Abstimmung herbeizuführen konnte, verliehen die Vertreter der Bürgerpartei und der Gemeindevertreter das Lokal, sodass das „Haus“ beschlussfähig war. Man ließ die überreichten Zeichenvoträtter allein, die sich nun mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass vor Ablauf der von ihnen konstruierten Amtsperiode keine befähigende Sitzung zustände kommen wird.

## Moabit vor dem Schnurgericht.

In der Sonnabendsitzung wurden die Blädders fortgelebt. Rechtsanwalt Rosenfeld kennzeichnete die Tätigkeit der Kriminalbeamten, die zwar ohne Zusammenhang mit der uniformierten Polizei operiert, aber mit ihr gemeinsam ruhige Passanten misshandelt hätten. Der Knüppel der Kriminalbeamten und der Säbel der Schwule befreiteten die Straße. Die in der Verhandlung zur Sprache gekommenen Vorgänge berechtigten zu der Behauptung: Hier führen nicht nur die Angeklagten, hier führt auch die Polizei auf der Anklagebank. Die Geschworenen haben allerdings nicht über die schuldigen Polizeibeamten zu Gericht zu sitzen. Der Vorsitzende unterbricht den Verteidiger, die Auflösung über die Polizeibeamten sei unzulässig. Rechtsanwalt Rosenfeld protestiert gegen die Unterbrechung und sagt, es könne ihm nicht verworfen werden, von schuldigen Polizeibeamten zu sprechen, denen eine große Zahl roher Misshandlungen sogar ein offenkundiger Tatbestand nachgewiesen sei. Auch die Verteidiger Heinrich und Heinemann bezeichneten den Eingriff des Vorsitzenden als eine Verdränung der Verteidigung und verlangten Gerichtsbeschluss. Das Gericht beschließt: Die Unterbrechung durch den Vorsitzenden war notwendig und durch die Sitzlage geboten. — Die Reihe der Blädders schloss mit einer Rede des Justizrats Friedmann. Er führte aus, die Voraussetzung, dass sich die Beamten bei ihrem Vorgehen gegen die Angeklagten in berechtigter Ausübung ihres Amtes befunden hätten, lasse sich hier, wo so viele Ausschreitungen nachgewiesen seien, nicht aufrecht erhalten. Die Verteidigung verlangte von der Staatsanwaltschaft, in jedem Falle den Nachweis zu führen, dass eine berechtigte Amtsausübung vorgelegen habe. Werde dieser Nachweis nicht erbracht — und er lasse sich nicht erbringen — so könnten die Angeklagten nicht wegen grobem Unfalls bestraft werden.

Der Oberstaatsanwalt lehnt es ab, den von Friedmann geforderten Beweis zu führen. Rechtsanwalt Dr. Heinemann antwortet ihm: Damit verzichtet also die Staatsanwaltschaft darauf, ein wesentliches Tatbestandsmerkmal des Auftrugs nachzuweisen. Es kann also auch keine Verurteilung wegen Auftrags erfolgen. — Es folgten eine Rede des Oberstaatsanwalts und Gegenäußerungen der Rechtsanwälte Heinrich, Heinemann und Rosenfeld. Es handelt sich um die Frage, ob den Angeklagten Landfriedensbruch und Aufruhr zur Last gelegt werden darf. Der Oberstaatsanwalt bemüht sich, die Geschworenen zu überzeugen, sie müssten die Frage nach Aufruhr und Landfriedensbruch bejahen. Wenn das Urteil nicht in diesem Sinne ausfallen würde, würden die Geschworenen großen Schaden anrichten; sie würden dadurch die Strafe dem Mob überlassen und jeder

einzelnen das Recht geben, nach seinem Gutdünken über Leben, Gesundheit und Eigentum des Bürger zu verfügen.“ Die Verteidiger entgegneten: „Wenn die Geschworenen die geringfügigen Ausschreitungen der Angeklagten als Verbündensbruch und Aufruh verurteilen wollen, wenn die zahlreichen schweren Amtsausschreitungen der Schuhleute unbedenklich bleiben sollen, wäre jedem einzelnen Beamten das Recht gegeben, nach seinem Belieben nicht nur über die Strafe, sondern über Recht, Freiheit und Leben der Bürger zu verfügen. Will man die Ausschreitungen der Beamten damit entschuldigen, daß man ihnen die Erregung über vereinzelte Angriffe auf einige ihrer Kollegen zugute hält, sind doch die Angeklagten erst recht zu entschuldigen, wenn sie sich aus Erregung über die vielen Mißhandlungen harmloser Passanten zu verbürtigend rechten Ausschreitungen hinreihen lassen. In zahlreichen Fällen ist ohne Not, ja ohne Anlaß die Waffe gebraucht und Mißbrauch mit der Amtsgewalt getrieben. Die Verteidigung verlangt von den Geschworenen nicht, daß sie die Angeklagten gegen das Gesetz freisprechen lassen. Aber es muß erwartet werden, daß sie sorgfältig prüfen, ob die Handlungen der Angeklagten unter die außerordentlich schweren Strafbestimmungen fallen, die die Staatsanwaltschaft heranzieht. Bei sorgfältiger und unbefangener Prüfung kann die Entscheidung nur so ausfallen, daß weder Aufsicht noch Landfriedensbruch, sondern höchstensfalls grober Unfug angenommen wird.“

Das Urteil wurde am Sonnabend noch nicht gefällt.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Die Sühne.** Das Schwurgericht in Greifswald verurteilte die gescheidene Frau des Käfers Dölfke aus Tirsland, die der Prostituierten Schulz mit einem Katermesser die Kehle durchgeschnitten hatte, zu zwölf Jahren Zuchthaus.

**Ein Soldatenkind.** Der Unteroffizier Grunert von der 8. Kompanie des Regiments 14 ist vom Kriegsgericht in Möglingen wegen Mißhandlung von Wehrten in 24 Fällen, vorschriftenwidriger Behandlung in fünf Fällen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Konsulent Diers hatte am meisten zu leiden. Er erhielt allein circa 17 oder 18 Ohrfeigen, wurde mit den benagelten Schuhen gerettet und mit der Seitengewehrschweide miss-handelt.

**Gehorsamsverweigerung im Lazarett.** Die heilige Disziplin darf auch von einem Kranken im Lazarett unter keinen Umständen verletzt werden. Auch hier hat sich der Radavergehorsam des Militarismus schon eingeschlichen. Ein in dieser Beziehung bemerkenswerter Fall beschäftigte jetzt das Dresden Kriegsgericht. Der Major d. R. vom Radierbataillon Nr. 13 Römer hat im Herbst v. J. seine Dienstzeit beendet, befand sich aber während der allgemeinen Entlassung im Garnisonlazarett. Wegen einer Krankheit hatte er hier längere Zeit zu bleiben. Eines Tages eichelte er im Auftrage eines Unteroffiziers von Sanitätsoldaten den Befehl, Soden zu fassen. Da Römer gerade mit dem Messen seiner Temperatur beschäftigt war, kam er der Aufforderung nicht nach. Nunmehr erzielte der Unteroffizier persönlich den Befehl. Er befolgte den Befehl auch jetzt nicht, sondern erklärte, jetzt mache ich meine Temperatur. Einem dritten Befehle kam Röder nach. Nach Angabe des Unteroffiziers soll er den Befehl aber „lässig“, langsam“ und „unmilitärisch“ befolgt haben. Der Fall war so schwerverwiegend, daß er vom Unteroffizier zur Meldung gebracht wurde. Der Soldat erhielt darauf eine Anklage wegen „Beharrens im Ungehörtnam ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung“. Es geschah das unglaubliche: der Soldat wurde zu 15 Tagen Haftengen verurteilt. Dabei hatte man ein Befehl im Ungehorsam noch nicht einmal für vorliegend erachtet. Gegen das Urteil des Ständigerichts hat der Angeklagte Berufung eingereicht. Er habe geglaubt, daß er während der Lazarettsbehandlung nicht mehr unter den Militärgesetzen stand, weil er unter normalen Verhältnissen zur Reserve entlassen gewesen wäre. Das Kriegsgericht hielt aber ebenfalls eine „schwere Disziplinverletzung“ für vorliegend und warf einen Tag weniger, als die erste Instanz — also 14 Tage strengen Arrest aus! — D, welche Lust, Soldat zu sein!

**Eine Schwindskrankenkasse.** Welch außerordentlich große Vorsicht gegen die in letzter Zeit vielfach austretenden Privatkrankenkassen am Platze ist, zeigte eine Verhandlung vor der Grafsammer in Kassel. Es handelte sich um die im Dezember 1909 aufgestellte „Deutsche Krankenkasse“. Angeklagt war der „Handelsjournalist“ und Bücherrevisor Becker. Der 70 Jahre alte Mann war beschuldigt, in Gemeinschaft mit seinem Stiefsohn, dem Direktor der Kasse, Bussien, die Mitglieder durch Aufstellung falscher Bilanzen geschädigt zu haben. Weiter wird dem Angeklagten Becker zur Last gelegt, der Chef der Bussien 785 M. ausgeschüttet zu haben, obwohl diese keine Förderung hatte und die Kasse bereits in Konkurs geraten war. Die Beweisaufnahme förderte das Schmidelhaft Gebaren des Direktors Bussien klar zurage, während die Schuld des Angeklagten Becker nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte, da er zumeist als Werkzeug des Bussien im guten Glauben gehandelt haben will. Die gefälschten Unterlagen für die Bilanzen wurden ihm vorgelegt, er hat die ihm von Bussien gemachten Angaben für richtig gehalten, seine Bilanz danach aufgestellt und unterzeichnet. Nach Ablauf des ersten Jahres des Bestehens der Kasse wurden bereits 100.000 M. nach Ablauf des zweiten 40.000 M. war, als Regin gewinn herausgerechnet. Die angeblichen Kleinigkeiten waren jedoch nicht vorhanden, auch der Kassenbestand in der Bilanz stimmte nicht. Die ganze Kasse war von vornherein auf die Benutzung der Mitglieder zugeschnitten. Die Handhabe hierzu bot eine Bestimmung des Status, wonach Mitglieder, die bei ihrer Aufnahme durchgemachte Krankheiten vertragen, bei Kranken einfach ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen sollten. Auf Grund dieser Bestimmung sind Tausende von Mitgliedern um ihre Beiträge gedrängt und um das Krankengeld geprellt worden. Die Einnahmen wurden zum größten Teil dazu verwandt, die Betriebskosten zu bestreiten, die in der zweiten Bilanz mit 77.000 M. angegeben wurden, denen aber eigentlich noch 20.000 M. zu hinzurechnen waren, während als Rentengeld, Arzthonorare und Heilkosten kaum 50.000 M. zur Auszahlung gelangten. Der herausgerechnete Überschuss von 40.000 M. war, wie der Vorsitzende herzob, ein himmelreichenes Nuding. Der Grafsammel veranlaßte jedoch zu einem Rechtszug mit der Begründung, Bussien bei Becker hoher Geist gewesen. Es sei kein Beweis dafür erbracht, daß Becker mit Bussien Hand in Hand gearbeitet habe.

**Eine kleinerliche Dienstleistung.** Aus Luxemburg wird der Neuen Zürcher Zeitung geschrieben: Ein kleinerliche Dienstleistung ist durch ihre eigene Schulz verdeckt ist, gibt jetzt im ganzen Lande viel zu reden. Denn es beweist, wie wenig ernst jenseits die goldenen Regelungen des Rechtes die Begriffe der Gültigkeit ausspielen, wenn ein Pfarrer

mit den Strafgeleken in Widerspruch gerät. Die luxemburgische Gemeinde Medernach besaß in dem Pfarrer Vaux einen Seelsorger, über den bald die merkwürdigsten Gerüchte umgingen. Man sagte ihm nach, daß er ungeachtet des Sühnabes für weibliche Schönheit nicht empfindlich sei und schließlich erstaunten die Eltern mehrerer Mädchen, die der Herr Pfarrer in seltsamer Weise charakterisierte, gegen ihn die Strafanzeige bei den Gerichten. Auf Grund der eingeleiteten Untersuchung erhob die großherzogliche Staatsanwaltschaft gegen den Pfarrer Vaux die formelle Anklage wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, die er an mehreren seiner Seelsorge anvertrauten Mädchen im Alter unter vierzehn Jahren begangen. Der Bischof von Luxemburg, der bisher sich nicht gerührt hatte, obwohl die Geschichte über den Pfarrer von Medernach im ganzen Lande herumließen, fand sich jetzt doch endlich zum Einschreiten veranlaßt. Er stellte den Pfarrer im Amt ein. Bei der Verhandlung vor dem ersten Strafrichter versprachen sich nun die Mädchen in kleinen Einzelheiten, wie dies bei solchen Prozessen gewöhnlich der Fall ist, und obwohl ein erträumtes Beweismaterial gegen den Pfarrer vorlag, konnte der Strafrichter nicht die volle Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gewinnen und sprach ihn zuweile halb frei. Indessen waren die Urteilsgründe auch dieses ersten Richters für den frommen Pfarrer Vaux wenig schmeichelhaft und ließen deutlich genug durchdringen, daß er eines Pfarramtes unwürdig sei. Außerdem erging der Staatsanwalt die Befürfung an, daß das luxemburgische Obergericht gegen das freisprechende Urteil des Strafrichters. Schon diese Tatsache hätte den Bischof von Luxemburg bewegen sollen, die Angelegenheit als nicht abgeschlossen zu betrachten und die Einstellung des Pfarrers Vaux im Amt aufrechtzuhalten. Statt dessen legte er den Pfarrer sofort nach der Freisprechung wieder in sein Amt ein und erfreute ihn mit einem überzüglichen Schreiben, in welchem er ihn als Märtyrer der heiligen römischen Kirche, als Opfer der Liberalen, Freimaurer und Juden feierte. Unter drohendem Glockengeläut und von einer Brozession seiner Schafe geleitet, hielt Pfarrer Vaux seinen feierlichen Einzug in Medernach, und in der Pfarrkirche wurde auf bischöfliche Anordnung ein Leidum zu Ehren des Märtyrers gefeiert. Unterdessen sammelte der Staatsanwalt neuen Stoff zur Anklage und häufte ein derartiges Beweismaterial auf, daß Vaux vor dem Obergericht völlig zusammenbrach. Alle seine Sittlichkeitsverbrechen wurden ihm bis in die kleinste Einzelheit nachgewiesen und das Obergericht verurteilte das „Opfer der Liberalen, Freimaurer und Juden“ zu fünfjähriger schwerer Kerkerstrafe. Im bishöflichen Palaste zu Luxemburg zog jetzt natürlich der Kakkenjammer ein. Der Bischof mußte den Günstling preisgeben. Aber unter den Frommen des Landes herrscht eine sehr niedergedrückte Stimmung. Denn die Gemeindewohlen stehen vor der Thür und die Angelegenheit Vaux ist nicht geeignet, den Kandidaten des Bischofs sehr viele Stimmen zuzuführen.

## Aus Nah und Fern.

**Doppelmord.** Wie aus Halle a. S. berichtet wird, ertranken sich Freitag nachmittag zwei junge Mädchen im Mühlengraben. Ein hinaufkommender Herr wollte das eine retten, geriet aber in einen Strudel und wäre beinahe ertrunken. Die Personalfehler der Selbstmörderinnen sind noch nicht festgestellt.

**Infolge Einsturzes eines Brückengeläufes** wurden, wie aus Herren (Gifel) gemeldet wird, zwei italienische und ein deutscher Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.

**Eiserne Hochstodrama.** Zu Brug erschlug der 25jährige Portier Adich seine sieben Jahre ältere Gattin aus Eifersucht mit einer Hacke und erhängte sich auf dem Dachboden.

**Aus einer Genealogie der Edelsten und Besen** erfährt man in der zurzeit vor dem Nürnberger Schwurgericht spielenden Mordache Herderich interessante Einzelheiten. Die Angeklagte, die Rectorstochter Herderich, die ihren Mann mit einer Pistole niedergeschossen hat, entstammt einer altdadeligen Familie, den Freiherren von Nordegg zu Habenau. Da die Tat offenkundig ist, wird, um eventuell einen Freispruch zu erzielen, das Hauptgewicht darauf gelegt, nachzuweisen, daß die Mörderin für die Tat nicht verantwortlich, daß sie unzurechnungsfähig und der Mord auf das Konto der bei den Nordeggs eingerissenen Degeneration kommt. Es macht einen nahezu tragödischen Eindruck, wie sie sich mit ihrem Verteidiger bemüht, darzutun, daß ihre Familie seit Generationen reichlich Säufer, Spieler, „Waffenträger“, Matronen aller Art usw. gelebt hat. Unter den Zeugen, die zur Bestätigung dessen geladen sind, befindet sich auch ein Polizeikommissar aus Hessen, ein Verwandter der Mörderin, Freiherr Ferdinand v. Nordegg zu Habenau, der eine ganze Reporettosuite aufstellt. Er befandte, daß es in der Familie schon eine ganze Reihe Freßmänner gab: ein Bruder von ihm ist in einem Haus, einer hat einen Wasserkopf, verschiedene Angehörige der Familie, die Offizielle waren, endeten durch Selbstmord, einer war in den bekannten Spielderprozess in Hannover verwickelt, ein anderer hat sein ganzes Vermögen von höchstens einer Million Mark verspielt. Nach der Aussage der Angeklagten selbst war ihr Vater ein nosratischer Säufer. Verchwender und Giebtreicher, ihre Großmutter litt an religiösem Wahnsinn usw. Ihre eigenen Kinder aus erster Ehe charakterisierte sie dahin, daß die Tochter hysterisch, der jüngere Sohn feminin sei. Diese „interessante“ Familie zählt selbstverständlich auch zur Blüte der Nation.

**Ägyptische Museumsräuber.** Am 19. April v. J. brach in dem Andenken an Frau Körber in Ulm etramm an, im baptistischen Regierungsbezirk Schwaben Feuer aus. Das Glück in diesem Unglück war, daß direkt vor dem Hause der Frau Körber ein Hydrant stand. Das Unglück war aber, daß dieser Hydrant kein Wasser gab. Und das kam daher, weil die Wasserleitung seit sechs Wochen gebrochen war. Der Dorfschmied, dem die Warte und Pflege über die Leitung übertragen war, konnte aber die Bruchstelle nicht finden und so war der untere Teil des Dorfes ohne Wasser. Die Tragödie in diesem Dorfe war aber noch nicht erschöpft. Rattenmausen besetzten nämlich auch eine Feuerwehr, offenbar die Feuerwehrleute waren in der Wehracht an diesem Tage gerade auf dem Jahrmarkt in Mindelheim. Die wenigen anwesenden Feuerwehrleute standen dem Clemente hilflos gegenüber. Die Unterrichtsmäuse Feuerwehr befanden sich zwar im Gehäuse einer schönen Feuerwehr, allein diese schöne Spritze hatte einen Knack bekommen und befand sich zur Zeit in der Fabrik in Biberach. Es dauerte — neuerdings bemerkte — mehrere Tage. So konnte sich denn das Feuer ungehemmt ausbreiten. Nicht nur das Anwesen der Frau Körber, sondern auch das benachbarte Kleidergeschäft wurden vollständig niedergebrannt. Der Frau Körber erwuchs ein Schaden von 11.000 M., der

nur zum geringsten Teile gedeckt ist, und sie will vor der Gemeinde berichten machen. Sie sollte zu diesem Zweck einen Vorlesungsabend geben, den Bürgermeister Magirus sah, daß sich dieser einer Verleumdung seiner Amtszeit dadurch schuldig gemacht habe, daß er nicht für Bekämpfung dieser ordnungswidrigen Zustände Sorge getragen habe. Da der Bürgermeister aber nachweisen konnte, daß er alles getan hatte, um die erwähnten Zustände baldigst zu beseitigen, wies der Verwaltungsgerichtshof den Antrag der Frau Körber kostenfrei ab.

**Feuer in einer Volksschule.** Aus Cazarc (Département Lot) wird berichtet: Durch eine Feuerbrunst, die in einer Volksschule ausbrach, hat der Lehrer der Schule schwerliche Brandwunden erlitten, daß er gestorben ist. Sieben Schüler wurden ebenfalls verletzt.

**Eine Massenansiedlung russischer Arbeiter?** In Palek, einem kleinen Dorfe in Schlesien, ist der tschechische Pfarrer von drei russischen Arbeitern ermordet worden; gegen mehrere andere Pfarrer sollen Attentate geplant gewesen sein. Wegen dieser Vorfälle soll noch einer Melbung der „Berliner Morgenpost“ aus Katowitz beobachtet sein, sämtliche russischen Arbeiter aus jener Gegend aufzuteilen.

## Handels- und Marktnachrichten.

### Getreidepreise.

**Württemberg.** 21. Januar.  
Weizen, 125—130 Pfd. hell 180—190 M. Roggen 115—122 Pfd. neuer hell 130—145 M. Hafer nach Qualität 140—168 M. hochfein über Stotz, per 1000 M.

**Hamburger Sternschanz-Bieharmarkt vom 21. Januar.**  
Auftrieb 255 Schweine. Markt mäßig regt gerümt überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenscheinender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Weiße schwere reine Schweine, über 260 Pfd. Tara 20 Proz. 57.50 bis 58.00 (48.00 bis 46.50 M.) Mitteldicke Ware, von 240—260 Pfund. Tara 20 Proz. — bis 57. — bis 45.50 M. Mitteldicke Ware, von 230—240 Pfd. Tara 22 Proz. 57.00 bis 58.50 (44.00 bis 45.00) M. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund. Tara 22 Proz. 57.00 bis 58.50 (44.50 bis 43.00 M.) Geringere Ware. Tara 24 Proz. 52.00 bis 56.00 (39.50 bis 42.50) M. Sauen, 1. Qualität. Tara 20 Proz. 54.00 bis 55.00 (43.00 bis 44.00) M. Sauen, 2. Qualität. Tara 22 Proz. 58.00 bis 59.00 (39.50 bis 41.50) M.

## Literarisches.

### Kubinko.

Wer zwar nicht zu den Romanlesern gehört, aber unser Zentralorgan, den „Bormärkte“, regelmäßig liest, dem wird kürzlich eine sonderbare Volksmärkte aufgetragen sein, in der sich die Genossen Ströbel und Sperber, um einen Berliner Roman mit dem Titel „Kubinko“ herumtritten, der anfangs Herbst bei Gaon Fleischel u. Co. in Berlin erschien und jetzt bereits in zehnter Auflage vorliegt. Der Roman ist von Georg Etmann, dem Verfasser von „Kettchen Gebert“ und erzählt die Geschichte des Fleischersgebils Emil Kubinko, der mit den drei im gleichen Hause in Stellung befindlichen Dienstmädchen Hedwig, Emma und Pauline „Beziehungen“ angeläßt. Mit der dicken Hedwig und der langen Emma hatte er nur einmal flüchtig verkehrt, während die schöne Pauline sein fünfzigjähriges Eheleben geworden wäre — wenn — ja wenn der arme Kubinko nicht ein so trauriges Ende gefunden hätte. Die „schlechten“ Mädchen Hedwig und Emma hatten nämlich nicht den bei der Braut dienenden Schlachtergesellen Gustav Schmelow, nicht den verheirateten Hilfsbriefträger Schulze, nicht den Zigarrenfabrik, nicht ihre Dienstherren, sondern den kleinen Fleisergehilfen Kubinko als Vater ihrer beiden unehelichen Söhne angegeben und ihn auf Alimente verklagt und aus Scheu vor seiner Braut, der schönen Pauline und aus Anger, Wit und Ekel hat sich dann der arme Kubinko an einem Dachsparten erhängt und sein Leben wenige Wochen vor seiner Hochzeit fürgerhand weggeworfen. Der Roman ist trotz des trügerischen Endes seines Titelträgers humoristisch geschrieben. Genoss Sperber behauptet nun, ein bürgerlicher Dichter vermag nie und nimmer etwas Humoristisches über Proletariat zu schreiben. Man müsse überhaupt alles, was aus den Reihen der Bevölkerung kommt, sehr kritisch aufnehmen, das gelte sogar für die klassischen Dichter und auch für die großen realistischen Dichter, wie Gerhard Hauptmann u. a. Nun, wenn Heinz Sperber mit seinen östlichen Zusatzmitteln nichts anderes beweist, als den modernen Arbeitern die Wahrheit beizubringen, so kann man sich über sein kritisches Missverstehen nur freuen. Wenn er aber meint, Shakespeare, Goethe und andere Klassiker würden für die sozialistische Gesellschaft nicht mehr existieren, so heißt das doch, das Kind mit dem Bade ausschlüpfen und nicht nur den Spott der Gegner, sondern auch den Widerspruch der eigenen Genossen herausfordern. Dann hätte allerdings Heinrich Heine recht gehabt, wenn er sagt, daß die alten Weiber des Zukunftstaates sein Buch der Lieder als Schnauftabüten benutzen werden. Ob dies geschiehen wird, glaubt aber doch wohl Emma Sperber selbst nicht. Auch bürgerliche Dichter können revolutionär schreiben. Wir erinnern nur an Homanns „Weber“. Es gibt eben Kümmer, die sich in eine andere Gesellschaft nicht hineinfühlen können. Das kann selbst Heinz Sperber nicht befreien. Wir stehen also in der Frage des vorliegenden Romans an der Seite des Gen. Ströbel und meinen wie dieser den Bormärkte Sperber, daß Hermann in dem Roman proletarische Freiheit verboten habe, zurück. Das ist dem gar nicht eingefallen. Sowohl die soziale Umgebung, als auch die Person des armen kleinen Kubinko selbst ist durchaus liebenswert gezeichnet. Der Dichter hat eben keine Propagandabroschüre, sondern einen rein menschlichen Roman schreiben wollen. Auch die Gestalten des familiären Dienstmädchen Kleidblatts Hedwig, Emma, Pauline sind brillant gezeichnet. Es ist doch nicht gebildig, wenn diese Mädel als hämisch gezeichnet werden. Man kann doch nicht verlangen, daß viele fröhlichen Geschöpfe die Geliebte ihres jungen Pächters vertrüben lassen, bis sie zum Standesamt geführt werden. Auch das Hedwig und Emma mehr von der hämischen Aufwallung des Augenblicks als von militärischer Beleidigung zerstreuen, sich bestimmen lassen. Ihre Freude möge als einem kleinen Kind zu schenken kommt doch vor. Der moderne Dichter muss eben das Leben schaffen, wie es ist, nicht wie es sein soll. Klarum. Der Roman ist ein bei aller Wertheit zum empfindlichen, reizvollen, gemütlischen und leichten Lesen — man denkt nur an die herzlichen Naturmärderungen bei dessen Lesung man bestens wieder jung wird, und das jeder mit einem heiteren und einem nüßen Auge an der Hand legt.

W. Br.  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Eiteling.  
Verleger: Eh. Schwarz Druck: Friedr. Meyer & Sohn  
Schrift in Löbau.

Kohlmarkt  
Gebr. Barg  
Lübeck.  
Manufaktur- und Leinenwaren,  
Ausstetter-Artikel,  
Damen- und Kinder-Konfektion,  
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine  
verlangt man ausdrücklich die  
erstklassigen Margarinemarken  
der Firma A. L. Mohr  
O. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.  
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft  
S. Sachs, Lübeck,  
Schmidestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Ki.  
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.  
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.  
P. Jürgens, Schwartauer Allee.  
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.  
J. H. Pfeil, am Markt.  
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
Johannes Hansen, Oldesloe.  
Hans Struve, Königstr. 89.  
Hugo Lüth, Reinold, Bahnhofstr.  
Richard Wagner, Reinfeld.  
J. Ramm, Schlutup.  
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.  
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.  
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.  
F. W. Heyde, str. 33.  
Henry Möller, Blücherstr. 20.  
Karl Pavel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.  
H. Rühl, d. Ortskrankenkasse.  
J. Runge, Moislinger Allee 6a.  
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.  
H. Riehelsen, Königstr. 111. Tomb-Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien

Paul Burmester, Lübeck, Lj. Johs. 49.

Dampfbäckerei, Hansa'

J. C. D. Junge & Co.

Verkausstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, Fischergrube 47.

T. F. Harichs, Moislinger Allee 43.

Wilk. Hüper, Beckergrube 76.

H. Jargstorff, Warendorstr. 36.

Fleischhauerstr.

R. Kasch, 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.

Wihl. Krahn, Fackenb. Allee 57a.

A. Metzmann, Kond., Finkbäckerei.

H. Tamm, Wickedestr. 20.

E. Reinhold, Wihl. Fink., Grobbäckerei.

Moisling, Grub., Fink- u. Weißbäckerei.

L. Schünemann, Fein-, Weiß-, Grob-

Joh. Elvers, Schlutup.

Chem. Fär. & Wäsch.

H. Karsdorff, Lübeck, Holstenstr. 20.

B. Plath, Wackerstr. 3.

Herm. Steffes, Seereiz.

W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-mag.

BARBY

ZU RUNDE

Georg Behnck,

Lübeck, Warendorstr. 4. Tel. 2186.

Central-Sterilisationsinstitut

A. Brodersen, Auguststr. 7. Tel. 1090.

H. Horenburg, Paulstr. 16. Sarge in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn,

Wahmstr. 79. Ober- ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.

J. H. Lübeck, Schwartauer Allee 193.

H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.

G. Wackenf., Fackenburg.

L. Kruse, Holz- und Metallfertigen.

Besohlanstalten

J. Becke, Lübeck, Mauerstr. 4.

B. Faesch, Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa' J. Dettmann

Beckergrube 51.

W. Hinz, Schlammerstr. 33.

J. Hiltl, Warendorstr. 21.

Joh. J. Knecht, Fabrikstr. 7.

Joh. J. Knecht, schmedestr. 3.

Johannes Ver., Hünstr. 90.

Betten, Bettfedern

Kehr & Voigt, Lübeck, Allee 21.

Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.

L. D. D. Große Burgstr. 32.

J. Jürgens, Schwartauer Allee.

Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Küchengasse 39.

Richard Wagner, Reinfeld.

Max Kinkel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt zu Adler-Bier.

Alte Bierhandl. Lübeck

Lübecker Bürgerbräu, Brauerei

Elbschloss, M. Hofmann,

Kinder Schaffner, M. A. Wald

Unterstr. 96.

Festungstr. 124.

Lübecker Hansa'

Hans - Bier

Zur Walkmühle

H. Lück

und Fleisch

Frankfurt a. M. Im Frankfurter Gebiet wurden 39 Versammlungen abgehalten. Diese Versammlungen, so wie die Demonstrationsveranstaltungen in Hanau, Höchst und Wiesbaden waren durchgängig gut besucht.

Braunschweig-Hanau. Die zwei hier abgehaltenen Versammlungen waren von 2000 Personen besucht.

Sinclair. Die Demonstrationsversammlung war überfüllt.

In all den Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen nachdrücklich eine schleunige Reform des preußischen Kassenwahlrechts gefordert wird.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 28. Januar.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag statt.

Ein Märchen sieht die "Eisenbahn-Zeitung" ihren gläubigen Lesern wieder einmal durch folgende Notiz auf:

Zur Kandidatenfrage für die bevorstehende Reichstagswahl verlautet, daß der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete, Herr Schwark, nicht gewählt ist, sich wieder aufstellen zu lassen. Als Kandidat soll Herr Dr. Scholmer in Aussicht genommen sein.

Wir können dazu erklären, daß die Redaktion der "Eisenbahn-Ztg." sich diese Notiz direkt aus den Fingern gelogen hat. Warum ist die offizielle Aufführung des sozialdemokratischen Kandidaten noch nicht erfolgt? Das aber kann heute schon gesagt werden, daß die Lübecker Sozialdemokraten einmütig wieder ihren bewährten Vorkämpfer aufstellen wird, und daß dieser gerecht daran denkt, die Kandidatur abzulehnen. Es berücksichtigt eigentlich eigentlich, daß schon seit einer Reihe von Jahren zu Wahlen ähnliche Gerichte immer wieder von einer gewissen Seite verbreitet werden. Man meint die Absicht. Aber auch diesmal wird die Hoffnung des Gegner auf einen Sieg gleich zufrieden werden. Mit einer überwältigenden Mehrheit muß der Genosse Schwarz den Sieg davontragen. Dafür zu agitieren, das wollen wir uns heute schon gelebt.

Arbeiter-Erwerbshilfe! Wir werden ersicht, darauf hinzuweisen, daß umständlicher heute kein Untericht stattfindet.

Wegen Straßenbauarbeiten ist die Mengstraße vom Schüsselbuden bis zur Blocksquerstraße von heute ab auf drei Tage für den Fuhrverkehr gesperrt.

Aus dem Gerichtssaal. Der mehrfach vorbestrafte Steuermann A. stand vor der Strafkammer unter der Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung. Er suchte im November v. J. mehrfach hiesige Geschäftleute auf und bestellte unter Vorlegung gefälschter Lieferchein Waren für Schiffe. Sodann ließ er sich die Provision auszahlen. In 11 Fällen glückte ihm dieser Schwindel, der ihm 56 Mt. einbrachte. Entgegen dem staatsanwaltlichen Urteil, der den Angeklagten ins Buchthaus stecken wollte, ließ das Gericht noch einmal Witte warten und verurteilte den Angeklagten zu zweit Jahren sechs Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Auf schiefen Ebene bewegt sich der erst 27 Jahre alte Arbeiter D., der trotz seiner Jugend schon fünfmal wegen Diebstahls vorbestraft ist. Er eignete sich in Gnissau zunächst fremde Papiere an und nahm unter Vorlegung derselben bei dem Hofbesitzer Hartmann in Gnissau eine Stellung an. Hier stahl er aus der Knechtekammer ein Paar Siefel und außerdem aus dem Pferdestall ein Pferd im Werte von 250 Mt. Das letztere verkaufte er in Ahrensburg an einen Pferdehändler für 100 Mt. Nun muß er auf 15 Monate ins Brüthaus wandern. Außerdem erhielt er 5 Jahre Ehrverlust. Der vorbestrafte 20jährige Arbeiter C. bestahl seinen eigenen Vater, nachdem er in dessen Haus eingestiegen war, um seinen Balkon, 1 Grünstück, 1/2 Pund Butter und 1 Feinbrot. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. — Wegen Sittenvergehens wurde der Arbeiter S. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Neuer Strafenname. Durch Senatsbeschluß vom 18. dieses Monats ist der auf dem Markt Hoffnung neu ausgehauene Straße auf der Strecke vom Moltkeplatz bis zur Hohenstaufenstraße der Name Wettinerstraße beigefügt worden.

Trinkt keine rohe Milch! Das Medizinalamt erlässt folgende Warnung: Nachdem in letzterer Zeit wieder mehrfach Typhuseinfektionen in der Stadt aufgetreten sind, deren Ursprung in dem Genusse roher Milch aus typhusinfizierten ländlichen Gehöften zu suchen ist, sieht sich das Medizinalamt veranlaßt, abermals vor dem Genusse ungetrockneter Milch eindeutig zu warnen.

Handelsregister. Am 21. Januar 1911 ist eingetragen bei der Firma: Deutsche Versicherungsgesellschaft in Lübeck; Die Brokare des A. G. Kimmel ist erloschen. Dem A. G. C. Möller in Lübeck ist vorgestellt Prof. erlaubt, daß er zur Vertretung der Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokurist ermächtigt ist.

Güterrechtsregister. Am 20. Januar 1911 ist bezüglich der Güte des Invaliden A. H. B. B. und C. G. geb. Markmann in Lübeck eingetragen: Durch Kaufvertrag vom 18. Januar 1911 haben die Cheleute Gütertrennung vereinbart.

Das erste Gastspiel des wissenschaftlichen Theaters der Urania-Berlin führte uns gestern im Stadthallentheater von München aus über den Brenner nach Venezia. Der Vortragende, Herr Direktor Lang, ruhte in fesselnder Weise an der Hand farbenprächtiger, fast plastisch hervortretender Bilder, die Schönheiten einer solchen Wandlung den Erzähler vor Augen zu führen. Von München aus ging die Reise zunächst über den Kasten nach Innsbruck mit seinen herrlichen Bauten. Weiter die Brennerstraße entlang über die Höhen des Brenners, von denen die schäumenden Wasser der Silsack hinabstießen nach Bozen. Hier führte uns der Vortragende in den sogenannten Rosengarten, jenes wilde zerblühte phantastische Naturwunder, welches im Abendrot erstrahlend das Erstaunen und die Bewunderung aller Freunden erregt. Von Bozen geht es durch das Engtal zum herrlichen Karst, in dessen faszinierendem Wasser sich der umgebende Gebirgswald widerspiegelt. Den Lauf der Sils folgend kommen wir dann über Trient und Verona nach Venezia. Hier untersuchten wir noch eine Gondelfahrt durch die Lagunen an den Schenkwürdigkeiten Venezias vorüber, die in einer herrlichen Abendnacht endigte. Das ziemlich zahlreich erschienene Publikum nahm den Vortrag mit lebhaftem Beifall entgegen.

Ob die Hälfte aus einem Geschäft in der Hohenzollernstraße wurden am Sonnabend vormittag 2 silberne Remontoireuhren, Marke "Gallone", 2 goldene Remontoireuhren mit Doppelschlüssel, 1 Paar Herrenarmbanduhr mit Schilden Nr. 45 und 1 Paar Damenuhrschlösser Nr. 41 gestohlen. Gestohlen wurde ferner aus einem Hause der Israelsdorfer Allee eine silberne Herren-Schlüsselkette.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Montag findet die Erstaufführung der Sensations-Novität "Caissons" von Melchor Lengyel statt. In den Hauptrollen sind die Damen Bilger und Walter sowie die Herren Brodowski, Fuchs, Bruno, Laude, Grube, Albert, Meynadier, Elmar und Heydecker beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Brunow. — Am Dienstag gelangt Beethovens große Oper "Fidelio" zur nochmaligen Aufführung. — Am Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt die reizvolle Operette "Ein Walzertraum" von Oscar Straus zur Aufführung. — In Vorbereitung befindet sich Bizes große Oper "Carmen", sowie Guzows historisches Lustspiel "Zopf und Schwert".

Stadttheater-Theater. Man schreibt uns: Am Dienstag abend 8 Uhr findet ein wettiges Gastspiel der "Parisiennes", American-French-Society-Company mit teilweise neuem Repertoire statt. Zur Aufführung gelangen die beiden neuen Schauspiele "Capitulations" von Graf Max Löwenstein und "Im Chambre separée" oder "Ein Postkabinett" von Jul. Horst.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Fürstentum Lübeck fand gestern im Lokal des Herrn Poetau in Lübeck statt. Vertreten waren Wenkefeld mit 5 (2 fehlten infolge Krankheit), Stockelsdorf 8, Gutin, Michel und Gottsche 1 Gemeinderatsmitglied, außerdem waren anwesend der Bezirkvorstand, Genosse Lew als Vorsitzender des Ortsvereins Schwarzen-Wenkefeld, sowie der Reichstagskandidat Genosse Stelling-Lübeck.

Vor Eintritt in die Tagessordnung begrüßte Genosse Michel die Freunde in den Namen der Stockelsdorfer Genossen und Genossinnen.

Zum ersten Punkt der Tagessordnung: Forderungen und Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindewahlen im Fürstentum Lübeck fand gestern im Lokal des Herrn Poetau in Lübeck statt. Vertreten waren Wenkefeld mit 5 (2 fehlten infolge Krankheit), Stockelsdorf 8, Gutin, Michel und Gottsche 1 Gemeinderatsmitglied, außerdem waren anwesend der Bezirkvorstand, Genosse Lew als Vorsitzender des Ortsvereins Schwarzen-Wenkefeld, sowie der Reichstagskandidat Genosse Stelling-Lübeck.

Zum ersten Punkt der Tagessordnung: Forderungen und Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindewahlen im Fürstentum Lübeck fand gestern im Lokal des Herrn Poetau in Lübeck statt. Vertreten waren Wenkefeld mit 5 (2 fehlten infolge Krankheit), Stockelsdorf 8, Gutin, Michel und Gottsche 1 Gemeinderatsmitglied, außerdem waren anwesend der Bezirkvorstand, Genosse Lew als Vorsitzender des Ortsvereins Schwarzen-Wenkefeld, sowie der Reichstagskandidat Genosse Stelling-Lübeck.

Über die Revision der Gemeindeordnung sprach in eingehender Weise Genosse J. Bull. Redner erörterte die legitime Gemeindeordnung und kritisierte einzelne Bestimmungen derselben. Er stellte u. a. folgende Forderungen auf: Verleihung des Gemeindewahlrechts an alle Gemeindebürgers, die drei Monate (anstatt drei Jahren) in der Gemeinde wohnhaft sind; Aufhebung der Bestimmung, nach welcher die Gemeinden in Bezug auf ihr Vermögen nur die Rechte der minderfähigen haben, Befestigung des Wahlrechts, Wahl von Erzähleren zum Gemeinderat, Wahl des Gemeindevorsteigers durch die sämtlichen Gemeindemitglieder, Befestigung des Bestätigungsrechts und Beisoldung des Gemeindevorsteigers.

In der Debatte trat Genosse Stelling gleichfalls für Befestigung des Wahlrechts und Einführung des Verhältnismühlensystems ein. Unsere Genossen im Landtag sollen erneut werden, mit Nachdruck diese Forderung zu vertreten. — Genosse Stelling-Lübeck wünschte, daß in allen Gemeinderäten die Abhandlung einer Petition an die Regierung zwecks Änderung der Gemeindeordnung angeregt werde. — Genosse Stelling-Lübeck forderte auch die Ausdehnung des Wohlrechts auf die Frauen. — Genosse Hardt-Wenkefeld plädierte warm für die Einführung der Verhältniswahl, die gezielt jeder Gemeinde auferlegt werden müßte. — Genosse Bull kann sich mit der Einführung des Verhältnismühlensystems nur dann einverstanden erklären, wenn ein gleiches Wahlrecht besteht. Genosse Stelling-Lübeck montierte, daß man den kleinen Haushaltsherrn bezüglich des Wahlrechts immer mehr Schwierigkeiten mache. Weiter bewies er an der Hand mehrerer Beispiele die Notwendigkeit der Revision des Gemeindestatus. — Genosse Lew-Schwartau äußerte ebenfalls mehrere Wünsche bezüglich der Revision. — Genosse Michel bedauerte, daß für die Dorfschaftsversammlungen in den Kreisen der Genossen so wenig Sympathie herrsche. — Nach weiterer ungewöhnlicher Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die am 22. Januar 1911 in Lübeck tagende Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Fürstentums Lübeck fordert die Genossen auf, in den Gemeinderäten die Abhandlung einer Petition an den Landtag auf eine zeitgemäße Revision der Gemeindeordnung zu verarbeiten.

Nach einem kräftigen Schlusssatz des Vorsitzenden, Gen. Stelling, erfolgte gegen 5½ Uhr nachmittags Schluss der Konferenz mit einem Hoch auf die Sozialdemokraten.

Schwartau. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Donnerstag abend statt. Genosse Stelling-Lübeck suchte durch einen 1½ stündigen und sehr lebhaften Vortrag die aufdrückliche Verlammung von der Tatsache zu überzeugen, daß die Alkoholfrage, als Ausdruck des Kapitalismus betrachtet, nur aus der Welt geschafft werden kann durch eine starke Organisation im Antikapital an die Parteidorganisation und die Gewerkschaften. Redner legte dann den Standpunkt des Arbeiter-Wohlfahrtsbundes aus Alkoholfrage in eingehender Weise dar und befürchtete sodann die Liebesgabenpolitik der preußisch-deutschen Regierung, welche den Schnapsdorff. Die einleitende Diskussion war sehr lebhaft; in derselben wurde der Redner über seine Stellung zu dem Galloper-Großen befragt, die Redner da hin beantwortete, daß die Galloper den Alkohol und die Schäden deselben um seiner selbst willen bekämpfen, anders die Arbeitnehmer, die sie erfordern, um eine bessere Lebenshaltung der menschlichen Gesellschaft kämpfen. Letztlich stand er der Galloper-Bewegung, die er als möglich halte; nicht gegenüber. Eine Anzahl Genossen ließen sich als Mitglieder des Arbeiter-Wohlfahrtsbundes aufnehmen, so daß in nächster Zeit an die Errichtung einer Ortsgruppe gegen werden kann.

Café. Zur politischen Lage im ersten Sozialtagssitzung steht: Mit dem Scheitern entsprechender Verhandlungen in Berlin war es schon lange bekannt, daß die Nationalliberalen durch Auflösung eines Sozialliberalen Kandidaten im ersten sozialdemokratischen Wahlkreis die Pläne des Bundes der Landwirte und der Sozialdemokraten verbessern wollen. Wenn der Führer der Nationalliberalen, Regierungssessel Dr. Stöver, jetzt endlich diese Wicht offiziell bekannt gegeben hat, so verriet er daher sehr Geheimnis, man muß sich nur wundern, warum er den Namen des nationalliberalen Kandidaten Oskar Meissner, Dechant, nicht gleich mitgenannt hat. Die Nationalliberalen des Wahlkreises haben sich von ihrer Partei in Berlin entzweit lassen, von Hanse und insoweit der Eigenart der heimischen Verhältnisse ganz abzusticken. Aus der ganzen Sache geht klar hervor, daß die Nationalliberalen nie auf alle Weise die Wohlwille des Bundes der Landwirte verbessern, als den Versuch machen, zu einer Einigung des Liberalismus zu kommen.

Café. Die erste Gemeinderatsbildung nach den Wahlen fand am Freitag statt; in derselben wurden die gewählten Mitglieder durch den Magistrat in ihr Amt eingeführt. Als Vorsitzender wurde Hardt's, als Stellvertreter Kreuzfeld gewählt. Dem Genossen Leibnitz wurde die gewerbliche Fortbildungsschule, die Armen- und Einwanderungskommission zugewiesen. Der Herstellung einer neuen Straße am Westturm wurde zugestimmt.

Neukölln. Verteilung. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Stelling-Lübeck Hamburg über das preußische Dreiklassenwahlrecht und die nächsten Reichstagswahlen sprach am Sonnabend, dem 21. Januar 1911 im Lokal des Herrn Giesecke (Herberg). Recht eingehend schilderte Genosse Stelling-Lübeck das preußische Wahlrecht, worin die Unterschiede zwischen dem Reichs- und dem Landtag nichts von einer Unterung wissen wollen und warum in der Chronik der Eröffnung des Landtages kein Wort vom Wahlrecht enthalten war, um dann zum Schluss auf die nächsten Reichstagswahlen überzugehen und die Anwesenden aufzufordern, bei den Reichstagswahlen alle Mann für Mann ihre Schuldigkeit zu tun.

Mölln. Eine gut besuchte Protestversammlung gegen die preußische Dreiklassenwahlrecht fand am Sonnabend abend im "Lübecker Hof". Der Gen. Stelling-Lübeck hielt einen inhaltreichen Vortrag über "Soll die preußische Dreiklassenwahlrecht noch länger dauern? Mit großem Interesse lauschte die Versammlung den trefflichen Ausführungen des Referenten, um am Schlusse stürmischer Beifall zollend. — Eine der Situation angepaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Genosse Wagner forderte die Anwesenden energisch auf, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen die sozialdemokratische Presse zu lesen und Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zu werden.

Hamburg. Der unwillkürliche Kampf gegen die Schundliteratur gefüht, was äußerst läblich ist. Jedoch es zeigt sich immer wieder, daß die heutige polizeiliche und juristische Bureaucratie stets geneigt ist, die Bekämpfung des volkserregenden Schundes, den skrupellose Verleger verbreiten, in eine Bekämpfung künstlerischer Erzeugnisse und politischer Richtungen zu verschärfen. Just in Hamburg ist jedoch ein Prozeß geführt worden, in dem ein philistisches Gutachten empfohlen über künstlerisch freies Schaffen Triumph der Lächerlichkeit erlangt. Es stand die Frage zur Entscheidung: Inwiefern die Arbeiten des bekannten, leider so schrecklichen Zeichners vom Simplicissimus, Franz von Reznicek, als unerlässlich zu betrachten seien. Angeklagt war der Kunstmaler und Kaufmann Hulke aus Hamburg wegen Vergehens gegen den § 184 des Strafgesetzbuchs. Ihm wurde gegen Laft gelegt, in einem seiner Schaukisten unsittliche Zeichnungen aufgestellt zu haben. Das Strafverfahren war gegen den Angeklagten eingeleitet worden auf Grund einer Anzeige des Bürgerschaftsratsmitgliedes Dr. Rudolf Mönkeberg, des Bruders des verstorbenen registrierten Bürgermeisters von Hamburg. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin eine ganze Reihe von Bildern Rezniceks in dem Galeriegeschäft beschlagnahmen lassen, zum Beispiel: "Ein Tag aus dem Leben einer Weltstadt", "Badezene", "Sandango", "Im Faschingstrubel", "Die Gouvernante" usw. Kurze Zeit nach der Beschlagnahme wurde dem Angeklagten von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß die Bilder nicht unerlässlich seien und wieder zu seiner Verfügung standen. Dann aber wurde wenige Tage darauf, jedenfalls auf das Eingreifen der vorgelegten Behörde, die Auslieferung verweigert und die Anklage gegen Laft wegen der Bildern Rezniceks in dem Galeriegeschäft der Bildergalerie "Die Gouvernante", "Sandango" und "Badezene" erhoben. Die Behandlung gestaltete sich recht interessant. Nachdem der Angeklagte erklärt hatte, daß er den Zeichner für einen großen Künstler halte, erklärte der Vorsitzende, es könne kein Streit darüber herrschen, daß Reznicek ein bedeutender, ernster und wichtiger Künstler gewesen ist. Hier handelt es sich aber lediglich um die Feststellung der Frage, ob seine Zeichnungen oder einzelne davon unerlässlich seien. Es werde gewiß niemand ablehnen wollen, doch die Sachheit als solche außerordentlich viel leichter sei als die verschleierte Radikalität. Wenn folche Bilder in einem der öffentlichen Orte in geringerem Maße zugänglich geworden wären, wäre die Sache nicht so schwierig. Schlimm würde sie erst dann, wenn die Bilder an einer unbefestigten Straße zu jedem Besichtigung ausgestellt würden, so daß jeder normal empfundene Mensch in seinem geschlechtlichen Empfinden verlegen müßte. Dr. Schönn führte in seinem Beitrag aus, daß die Erörterung der Frage, ob seine Bilder ausdrücklich oder einzeln oder nicht ausdrücklich auszuschließen sei, Alle seien sich gewiß darüber einig, daß man es nicht mit minderwertigen Darstellungen zu tun habe. Hier sei aber lediglich die Frage zu prüfen, ob die Bilder geeignet seien, in geschlechtlichen Beziehung das Schamgefühl eines normal empfundenen Menschen zu verletzen. Weiter kommt es auf die Beurteilung der Frage an, ob die Art der Zuschaueraufstellung gegen das Gesetz verstößt. Diese Fragen müssen befreit werden. Die Preise werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden.

Die Galerie "Die Gouvernante", "Sandango" und "Badezene" erhoben. Die Behandlung gestaltete sich recht interessant. Nachdem der Angeklagte erklärt hatte, daß er den Zeichner für einen großen Künstler halte, erklärte der Vorsitzende, es könne kein Streit darüber herrschen, daß Reznicek ein bedeutender, ernster und wichtiger Künstler gewesen ist. Hier handelt es sich aber lediglich um die Feststellung der Frage, ob seine Zeichnungen oder einzelne davon unerlässlich seien. Es werde gewiß niemand ablehnen wollen, doch die Sachheit als solche außerordentlich viel leichter sei als die verschleierte Radikalität. Wenn folche Bilder in einem der öffentlichen Orte in geringerem Maße zugänglich geworden wären, wäre die Sache nicht so schwierig. Schlimm würde sie erst dann, wenn die Bilder an einer unbefestigten Straße zu jedem Besichtigung ausgestellt würden. Die Preise werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Dieser werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische Sozialdemokratie", werden die Sache eher nicht annehmen. Hier werde nicht das Künstler an den Staatsanwaltschaft, sondern der anstrengende Vorgesetzte, der in dem Bild dargestellt werden. Diese werden hierfür so handeln, daß Angreifer gegen die Kunst, den Genius der Kunst, muß kontrahieren, werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe "Nationalsozialistische

der, insbesondere mit den zur Anklage stehenden. Der Angeklagte hätte den unzüchtigen Charakter dieser Bilder erkennen müssen und sei daher zu bestrafen. Er beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von hundert Mark beziehungsweise zehn Tage Haft. Außerdem beantragte er die Verurteilung der Bilder. Das Gericht schloss sich im wesentlichen den Erwagungen des Staatsanwalts an und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark eventuell zu zehn Tagen Haft. Die Beschuldigung habe der drei Bilder müsse ebenfalls verfügt werden, nicht die Beschlagnahme aller Bilder, da es sich hier nur um eine relative Unzüchtigkeit gehandelt habe.

**Wandsbek.** Unermenschliche Mutter. In das heisige Gefängnis wurde eine Frau aus Bramfeld eingeliefert, die sich der barbarischen Mißhandlung ihrer Kinder schuldig gemacht haben soll. Unter anderem wird behauptet, sie habe ein zweijähriges Kind auf den glühenden Herd gesetzt, so daß das Kind durch Brandwunden erlitten und sei darauf fortgegangen. Auf Veranlassung von Nachbarn, die das Jammergeschrei des gepeinigten Kindes hörten, erfolgte nach der Rückkehr der barbarischen Mutter ihre Verhaftung.

**Bremen.** Das bremische Moabit. Vor der Strafkammer wurde am Sonnabend zunächst gegen zwei „Kürtürer“, die beiden 16-jährigen Arbeiter Wolkhusen und Rüttgerot verhandelt. Sie sollen die Menge durch „Ohol-Rufe“ angeseuert haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den ersten „Verbrecher“ 14 Tage, gegen den zweiten eine Woche Gefängnis. Das Gericht sprach beide frei; ihnen habe das Bewußtsein der Strafbarkeit ihrer Handlung geschah.

**Oldenburg i. Gr.** Eine mißglückte Aktion. In Elmshorn erholt Gen. Jung händel eine Strafverfügung über 30 Mk. weil er am 1. Mai in einer Versammlung, in der über die Bedeutung des 1. Mai gesprochen wurde, Jugendliche unter 18 Jahren geduldet und einen genehmigten Umzug über die Genehmigung hinaus geleitet haben soll. Das Schöffengericht sprach untern Ge- nossen frei. Der Staatsanwalt legte Berufung ein, aber das Landgericht in Oldenburg sprach den „Sünder“ am Freitag ebenfalls kostenlos frei.

## Theater und Musik.

**Neues Stadt-Theater.** Die regeirten Studenten. Lustspiel in 4 Aufzügen von Rodolich Benedix. Wir wollen dem rostlos tätig gewesenen Bühnenpraktikus, dessen hundertsten Geburtstage der Sonnabend gewidmet war, hier keine lange Gedenkrede halten. Aber er verdient doch, daß man sich gelegentlich seiner einmal erinnert. Er ist immerhin ein wenig besser als der Rus, den er in dem Kreise der großen Literatur gemeinhin geniebt. Es ist ja wahr, die Welt, die er uns vorführt, dufte etwas streng nach Lavendel und Kamillen; aber sie ist im Grunde doch gefund und lebendig. Sie ist wirklich ein Abbild fener Spiechertwelt der Biedermeierzeit mit ihrem geruhigen Flusse, den gelegentlichen Stürmen im Wassergrate, ihrer oft nur äußerlichen Wohlstandigkeit und verknöcherten Engherzigkeit, die ängstlich die Fenster

vor einem erschreckenden Lutzebauch schließen. Mit ihrer sentimentalität und Gefühlsduselet, die den lieben Gott einen guten Mann sein läßt, dem man aber hin und wieder ein wenig ins Handwerk pustchen muß; mit ihren Idealen, Echsenküchen und ihrem oft so pathetisch wirkenden Wollen. Ein Abbild jener Welt ist sie, aber nicht von einer höheren Warte aus gesehen. Die Satire bleibt durchweg im Außerlichen stecken, das Interesse haftet zu sehr am Stoffe. Benedix war im Kerne selbst zu sehr Physischer, als daß er sich zum befreidenden, das Wesen zeichnenden Humor hätte durchringen können. So begnügt er sich überwiegend mit der Komik der Situationen, so reizvolle Ansätze zur Charakterkomik sich auch vorfinden. Über in dieser Gestaltung seiner Handlungen hat er es zu einer sehr beachtenswerten Gewandtheit gebracht. Außs engste mit dem Theatert vermischten, ist ihm der Blick des geborenen Bühnenschriftstellers eben, der wohlb, was wirkt und der seiner Mittel sicher ist. Und diese Routine beschert ihm selbst in unserer Zeit noch den Erfolg. Allerdings muß sich die Regie bei einer Wiedergabe seiner Stücke hüten, die manchmal unsfreiwillig karikaturehaft anmutende Charakterisierung noch zu pointieren. Und dieses hatte Herr Fuchs als Leiter der Aufführung nicht immer hinreichend beachtet. Dadurch entsteht dann eine gewisse Verzerrung der Linien, ein vergöberndes Hinwinken auf den äußern Effekt, das dem biederem Benedix doch nicht ganz gerecht wird. Aber von dieser immerhin nicht sehr ins Gewicht fallenden Ausstellung abgesehen, war die Inszenierung am Sonnabend ganz vorzüglich, der Ton dieser etwas müffigen Philisterfamilie famos getroffen. Ob freilich die modernen Streichholzer hier hineingehören? Herr Grube war als Reinhold mit Lust und Liebe bei der Sache und bestach durch seine äußeren Mittel und sein gewandtes Spiel. Eine ebendürftige Partnerin war ihm in Fel. Bette als Konradine Hartenberg erstanden. Prächtige Lieder boten Herr. Fuchs als Stadtrat Kronau, Herr Albert als Hirschbach, Fel. Gerlach als Abelgunde wie Fel. Werner als Ulrike. Der Lannenheim des Herrn Scholz war für meinen Geschmack ein wenig zu stark im Simplizissimus stil gehalten. Einen gewinnenden Lustigrat stellte Herr Bram Mehnadier dar. Herr Elmar Machbaur vervollständigte anerkennenswert da Triplum der regeirten Studenten. Und in Gertrud Böck als Hedwig wie in Anna Scherling als Emma gefielten sich ihnen zwei herzige Bräntchen zu. Die Aufführung wurde recht befällig aufgenommen.

**Neues Stadt-Theater.** Die „Zauberpflöte“ — das bedeutet immer wieder ein Entzaubern in den Jungbrunnen der Schönheit und immer mehr ein Staunen über die Genialität ihres Schöpfers. Und so lauchten wir auch am Sonntag mit Entzücken wieder dieser melodischen Sprache der Seele, die ungezogene Naturlichkeit und höchste Verklärung, anmutige Heiterkeit und mächtvolle Erhabenheit in gleicher künstlerischer Vollendung auszudrücken vermag. Unter dem anfeuernden Wislen Abendroths blühte der ganze köstliche Reichtum der mozartischen Welt vor uns auf. Jeder Darsteller suchte sein Bestes zu geben. Als Tamino konnte Herr Pistor wieder den gefangennehmenden Schmelz seiner Stimme entfalten. Klangschön und markig

sang Herr Vollmer, dem auch ein sympathisches Spiel eigen war, den Sarastro. Ein prächtiger Naturursche war der Papageno des Herrn von Schenck, zu dem die niedliche Papagena des Fel. Stretton vortrefflich passte. Die übrigen hervortretenden Rollen wiesen die gleiche Besetzung wie im Vorjahr auf und wurden auch mit gleich verfreudlichem Gelingen wiedergegeben. Und dieser Aufwand an künstlerischem Wollen fand im Publikum einen empfänglichen Boden.

## Soziales.

Gegen die Reichsverbandsbrochüre des Dr. Möller empfiehlt der Zentralverband der Ortskrankenkassen den Vorstände der verleumdeten Kassen, vorzugehen. Wenn auch die Kassenvorstände gegen Verdrehungen und Entstellungen nahezu schutzlos seien, so sollten sie sich doch wenigstens gegen Beleidigungen und Verleumdungen dadurch helfen, daß sie den Verfasser der Verleumdungsschrift vor Gericht zur Verantwortung ziehen. Der Vorstand der Dresdener Ortskrankenkasse hat, wie wir schon mitteilten, das einstimmig beschlossen. Sofern andere Kassenvorstände das gleiche tun wollen, empfiehlt ihnen der Zentralverband einen Anwalt am Orte der Kasse mit der Sache zu betrauen, der alsdann die Prozeßführung einem Münchener Anwalt übertragen würde. Als Kläger hätten nicht die Vorstände als solche, sondern die Vorstandsmitglieder einzeln aufzutreten.

## Literarisches.

**Geschichte der Revolutionen.** Von Dr. A. Conradi. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 8 und 9 sind erschienen. Preis pro Hest 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Die soziale Revolution.** Von dieser Schrift des Ge- nossen Karl Rautsky ist soeben der erste Teil: Sozialreform und soziale Revolution in dritter durchgehender Auflage erschienen. Zur Charakterisierung des be- lehrenden Inhalts geben wir einige Kapitelüberschriften wieder: Der Begriff der sozialen Revolution. — Evolution und Revolution. — Die Revolutionen im Altertum und Mittelalter. — Die soziale Revolution der kapitalistischen Periode. — Die Bildung der Klassengegenseitigkeit. — Die Demokratie. — Die Formen und Waffen der sozialen Revo- lution. — Die Vereinsausgabe kostet 40 Pf.

## Briefkasten.

**S. W.** Das Spielen in der ungarischen Lotterie ist verboten. Die Höhe der Strafe ist verschieden. Die Post ist nicht verpflichtet, derartige Sachen anzusegnen.

**Mitsände im Frisen gewerbe.** Unter dieser Stichmarke erschien vor einigen Tagen eine Sprechsaal-Notiz. Auf Grund mehrfacher Anfragen erklären wir, daß sich die Notiz nicht auf den Barbier W. Benthein, Marlistraße, bezieht.

**Verantwortlicher Redakteur:** Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sömtlich in Lübeck.

## Achtung!

# Kohlenarbeiter!

Die

## Sektions-Versammlung

fällt heute, Montag, aus, findet statt

**Mittwoch, 25. Januar.**

Tages-Ordnung:

1. Wahlen.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

## Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 27. Januar 1911

abends 8 Uhr,

## in der Stadthalle: 16. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister Hermann Abendroth.

Solisten: Das Hornquartett.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture zu „Freischütz“ C. M. v. Weber.

Ouverture zu „Zampa“ O. Herold.

An der schönen blauen Donau, Walzer J. Strauss.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

## Stadthallentheater.

Montag, 28. Jan. Abends 8 Uhr.

## Letztes Gastsp. Urania-Berlin,

Wissenschaftliches Theater

## Kairo und die Pyramiden.

Studentessen in Wort und Bild.

In Berlin über 300 mal aufgespielt.

Dienstag, 29. Jan. Abends 8 Uhr.

## Gastspiel der „Parisienne“

American-French Sketch-Company

mit neuem Repertoire.

## Neu! Tantalusqualen. Neu!

Schwan von Graf Max Löwenstein.

## Neu! Im Chambre séparée

oder: Ein Polterabend.

Schwan von Julius Horst.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Ros. Kohlmarkt 13.

■ Komitee- und ■ Kommissionssitzungen

## D. T. V.

Vorstandssitzung  
Dienstag, abend 8½ Uhr.

**Gesangverein der Zimmerer.**  
General-Verammlung  
am Montag, 23. Januar  
abends 8½ Uhr.  
bei J. Mohr, Hunderstraße 101.  
Der Vorstand.

**Eine Wohnung**  
zu vermieten.  
W. Krause, Maurer, Secret.

Ju. verm. z. 1. Apr. 1 Wohnung  
im Stall u. Keller. Preis 125 Mk.

Mädel, Krempelsdorf.

Tüchtige

**Arbeiterinnen**  
gefunden.

**August Schuhmacher.**  
Einerleinstraße 3.

Gesucht zu Huren.

**1. Dachdeckerlehrling**  
unter günstigen Bedingungen.

**D. Gerke & Havemeister,**  
Dachdeckergeschäft. Belegschaft 97.

Bei Huren ein Tagesschrein.  
Rehau, Königstraße 28.

**Gefund ein Zimmer**

zum Aufholen und Ausbessern  
eines Raumes und einiger Stühle.

Belegschaft 52.

**8 bis 10 Arbeiter**

zum Schweißen.

**Hans Lange, Fahrzeug-**  
Gesellschaft bei Höring.

Gesellschafts-Übernahme.  
Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage  
**das Kolonialwaren-Geschäft des Herrn Henry Möller, hier, 20 Blücherstraße 20,**  
wieder übernommen habe.

Ich bitte, daß mir früher in so reichem Maße erwiesene Vertrauen  
auch ferner entgegen gebracht werden möge. Hochachtungsvoll  
**Carl Hudovsky.**

**Spül**  
Für die Wäsche  
das Beste!  
¾ Pfund 60 Pf.  
½ Pfund 30 Pf.  
Unbedingt  
das einfachste Waschmittel

Vertreter: C. P. Andresen & Co., Lübeck, Huxstr. 47, II.

Verkaufe ein Paar Königsberger  
Reinangen sehr billig.  
Joh. Krüger, Sadowastra. 11.

Entlaufen am Sonntag 1 graues  
Huhn. Bitte gegen Belohnung ab-  
zugeben. Emilienstraße 1.

**Vereinigte Butterbäckerei**  
v. Lübeck u. Umg.

**Allerfeinstes Meiereibutter**  
kostet Pfd. 1.40 Mk.

**Vortragskurse**  
für Arbeiter.

Dienstag, den 24. Januar 1911

abends 8½ Uhr präzise:

**6. Röhle-Vortrag**

über

**Grundregeln der**

**Wollwirtschaftslehre.**

Bei zahlreichen Besuch laden ein

die Beratungskommission.

Der Vorstand

des Gesellschaftsrechtlichen Vereins.

Operette von Oskar Straus.

Dienstag, 24. Januar. 7½ Uhr.

Saal 20. 112 Dienstag 25. 19.

Der Vorstand.

**Fidelio.**

Große Oper von Beethoven.

Mittwoch, 25. Jan. 1911. 8 Uhr.

Der Vorstand.

**Bei kleinen Preisen!**

**Ein Walzertraum.**

Operette von Oskar Straus.

Dienstag, 24. Januar 1911. 8 Uhr.

Saal 20. 112 Dienstag 25. 19.

Der Vorstand.

**Die Tantalusqualen.**

Operette von Oskar Straus.

Dienstag, 24. Januar 1911. 8 Uhr.

Saal 20. 112 Dienstag 25. 19.